:antifaschistische nachrichten

Nr. 20

g 3336 5.10.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

SPÖ Nummer 1 – ÖVP bricht ein – 15 Prozent für die extreme Rechte

ÖSTERREICH. Überraschender Wahlausgang der Nationalratswahlen in Österreich: Quer zu allen Prognosen wird die Sozialdemokratie – trotz des Skandals um die Bank für Arbeit und Wirtschaft und die daraus resultierende Krise des Österreichischen Gewerkschaftsbundes – mit 35,7 % der Stimmen (alle Zahlen ohne Wahlkarten) und leichten Verlusten Nummer 1. Die ÖVP verliert 8,1 Prozent (in Wien fast 10 %) und damit den Kanzler. Die Grünen legen 1 % zu und rangieren nun bei 10,5 %.

Mehr als bedenklich stimmen die Resultate für die extreme Rechte. Hatte die FPÖ bei den Nationalratswahlen 2002 10 %, kommt das mittlerweile in FPÖ und BZÖ gespaltene „freiheitliche Lager“ auf 15,4 %. Beide Parteien überboten sich im Wahlkampf geradezu mit nationalistischen, ausländerfeindlichen und rassistischen Parolen („Ausländer – minus 30 Prozent“, „Österreich zuerst“, „Kärnten wird deutsch“,...). Bei diesem grauslichen Kampf um die „Vorherrschaft an den Stammtischen“ hat die FPÖ mit ihrem Leithammel Hans Christian Strache eindeutig die Nase vorn: 11,2 %. Besonders hohe Resultate gab es in klassischen ArbeiterInnen-Bezirken: Wien-Favoriten 20, Wien- Simmering 19,9, Wien-Floridsdorf 17,6 Prozent. Haider erzielte in Kärnten mit dem BZÖ zwar 25,4 Prozent, verfehlte jedoch das Grundmandat um 122 Stimmen. Für das BZÖ bedeutet dies, dass erst nach dem Auszählen der Wahlkarten (9. Oktober) sicher ist, ob es überhaupt die 4-Prozent-Hürde überspringt und im Parlament vertreten ist.

Sollte es tatsächlich zu einer großen Koalition kommen, wie sie etwa von den Massenblättern „Kronen Zeitung“ („Wähler wollen große Koalition“) und „Kurier“ („Jetzt große Koalition?“) gefordert wird, wird diese mit ihrer neoliberalen Politik noch mehr Menschen in die Hände der rechtsextremen und rechtspopulistischen Demagogen treiben. Die Linke ist gefordert, mit dem Aufbau einer glaubwürdigen und kämpferischen Alternative auch hier einen Riegel vorzuschieben.

Hermann Dworczak ■

Aus dem Inhalt:

Deserteurs-Denkmal beschlossen . . . 5

Am 23. September fand in Göppingen eine Demonstration von ca. 200 Neonazis statt. Der Oberbürgermeister und viele gesellschaftliche Gruppen brachten auf einer Kundgebung ihre Ablehnung von Rassismus und Faschismus zum Ausdruck. Aktionen auf der Straße engten dann den Demonstrationsraum für die NPD beträchtlich ein. **Fotos: www.trueten.de**

„Rote Karte gegen braune Parolen“

Am Samstag, den 23. September führten die Jungen Nationaldemokraten (JN, Jugendorganisation der NPD) unter dem Motto „Integration kostet Millionen, ein Rückflug 19 Euro“ einen Aufmarsch durch Göppingen durch. Etwa 120 Nazis beteiligten sich daran. Mehr als 1000 AntifaschistInnen versuchten den Aufmarsch zu verhindern und blockierten die Route mehrmals. Die Polizei, die nach eigenen Angaben mit 1200 Einsatzkräften vor Ort war, ging mit Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz, sowie mit Hunden gegen die AntifaschistInnen vor. Mehrere von ihnen wurden dabei verletzt und 26 festgenommen. Dennoch gelang es, den Aufmarsch immer wieder zu verzögern und den Nazis jegliche Öffentlichkeit zu nehmen.

Sowohl ein breites Aktionsbündnis wie auch IG Metall und DGB hatten zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Allein diese Kundgebung auf dem Marktplatz wurde von ca. 1200 bis 1500 Teilnehmern besucht. Bei der Kundgebung sprachen sich neben Bernd Rattay, 1. Bevollmächtigter der IGM Göppingen-Geislingen, auch Leni Breymeier, stellvertretende DGB-Landesvorsitzende, Jugendvertreter in von WMF in Geislingen und Allgaier, Uhingen und Oberbürgermeister Guido Till gegen den faschistischen Aufmarsch aus, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung. Eine beeindruckende Breakdance Show von „Incredible Syndicate“ war der Schlusspunkt der Kundgebung, der sich dann das örtliche Programm unter anderem auf dem Schockenseegelände anschloss.

Im Anschluss an die angemeldete Kundgebung war allerdings ein wachsender Teil der Bevölkerung auf den Beinen, um mit verschiedenen spontanen Aktivitäten ein Zeichen zu setzen gegen den menschenverachtenden Aufzug der NPD/JN. Dieser war vom Gericht genehmigt worden, obwohl die Stadt Göppingen diesen Aufmarsch zuerst verboten hatte.

Die Stadt befand sich in einem regelrechten Ausnahmezustand. Ständige Provokationen der Polizei führten mehrfach zu unnötigen Eskalationen und Festnahmen, zum Teil weit nach Ende der spontanen Demonstrationen und Blockaden. Bereits am Bahnhof wurde mit zwei Wasserwerfern deutlich, dass die Polizei bereit war, den Faschisten die Straße frei zu machen. Im weiteren Verlauf wurden die Faschisten zum Teil auf Schleichpfaden, zum Teil auf der angemeldeten Route durch Göppingen geschleust.

nach Kommunale Berichte Stuttgart 20-06 ■

„Republikaner" vor Gericht

DÜSSELDORF. Ab dem 10. Oktober müssen sich drei Mitglieder der sog. „Republikaner" vor Gericht verantworten. Vorgeworfen wird ihnen Wählertäuschung und Urkundenfälschung in mehr als 250 Fällen. Die drei Männer im Alter zwischen 33 und 54 Jahren, darunter der Düsseldorfer Stadtrat Jürgen Krüger, werden beschuldigt, Unterschriften gefälscht zu haben, um die Zulassung ihrer Partei 2005 zur Landtagswahl zu ermöglichen. Den Bürgern sei vorgetäuscht worden, mit ihrer Unterschrift härtere Strafen gegen Sexualtäter zu befürworten. *hma* ■

Ein letztes Kreuz

MÖNCHENGLADBACH. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General a.D. Heinz Trettner, ist am 18. September verstorben. Der „Träger des großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland" war 1937 als Freiwilliger der faschistischen „Legion Condor" Staffelkapitän in der „Kampfgruppe 88", die am 31. März bzw. 26. April die baskischen Städte Durango und Guernica bombardierte. 1902 Zivilisten verloren bei diesen Überfällen ihr Leben.

Sein „Ritterkreuz" verdiente sich Trettner als Generalstabsoffizier der 7. Flieger-(Fallschirm)-Division. Er gehörte mit zu jenen, die die die Bombardierung Rotterdams am 14. Mai 1940 vorbereitet hatten. Der während einer vereinbarten Waffenruhe durchgeführte Bombenangriff kostete 874 Menschen das Leben. Über 2000 wurden verletzt, über 78 000 obdachlos. Noch 2005 hatte Trettner den Aufruf „Gegen das Vergessen" des um die „Junge Freiheit" angesiedelten „Institut für Staatspolitik" unterzeichnet und der „Deutschen Militärzeitschrift" ein Interview gegeben.

hma ■

VDA-Festakt in München

München. Aus Anlass des 125-jährigen Bestehens des „Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland" (vormals „Verein für das Deutschtum im Ausland") plant der Verein am 11. November eine Festveranstaltung im „Sudetendeutschen Haus" in München.

Der Begrüßung durch den VDA-Bundesvorsitzenden Hartmut Koschyk sollen Grußworte von Bundespräsident Horst Köhler, dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Christoph Bergner und dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Eberhard Sinner, folgen. Zuvor will der Verein seine Hauptversammlung durchführen. *hma* ■

Ehrung für Ministerpräsident Wulff durch ultrarechten Verband

DÜSSELDORF. Dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff wurde jetzt der Mittelstandspreis des Bundes der Selbstständigen Nordhein-Westfalen zugesprochen. Der BDS NRW ist unter anderem die treibende Kraft bei der „Stimme der Mehrheit" (Martin Hohmann und andere). In diesem Zusammenhang gab es Überlegungen, den BDS NRW aus dem Bundesverband auszuschließen.

mce ■

Erfolgreiche antirassistische Demonstration in Hoyerswerda

HOYERSWERDA. Am 23. September fand in Hoyerswerda eine antirassistische Demonstration unter dem Motto „Hoyerswerda 15 Jahre später – gegen rechte Strukturen und kollektive Verdrängung" mit knapp 400 TeilnehmerInnen statt. Organisiert wurde die Demonstration von antifaschistischen Gruppen aus Sachsen und Brandenburg.

Die Demonstration führte durch die Hoyerswerdaer Neustadt über den Lausitzer Platz, um den Wohnkomplex III über die Schweitzer Straße. An diesem Brennpunkt der Pogrome von 1991, sowie in der Niederkirchner Straße, wurde in Redebeiträgen der beteiligten Bündnisgruppen Kritik an der Verdrängung und dem Vergessen der rassistischen Pogrome von 1991 und dem Umgang mit (Alltags-)Rassismus geäußert. Thematisiert wurden außerdem aktuelle rechte Strukturen und Tendenzen in Hoyerswerda. In einem Wohnheim der Schweitzer Straße lebten einige der MigrantInnen, die von Neonazis und BürgerInnen im September 1991 Tage lang terrorisiert wurden, bis sie schließlich zwangsevakuiert werden mussten. Beim stillen Gedenken am Lausitzer Platz, zu dem OB Horst Dieter Brähmig (PDS) aufgerufen hatte, war nach Aussagen von BesucherInnen der Veranstaltung nicht die Rede von rassistischen Pogromen, sondern von extremistischen Auseinandersetzungen. Auf Plakaten von Neonazis, mit denen für eine Demonstration am 30.9. in Hoyerswerda geworben und die Pogrome von 1991 glorifiziert werden, wurden Genehmigungsplaketten der Stadtverwaltung gesichtet.

Von den vom Kameradschaftszusammenschluss „Lausitzer Aktionsbündniss" und dem JN Stützpunkt Hoyerswerda angekündigten „kreativen Störaktionen" bemerkten DemonstrantInnen nichts. Mehrmals verwies die Polizei dennoch, auch auf Forderungen von DemonstrantInnen, Neonazis des Platzes, die sich am Rand der Veranstaltung versammelten.

Pressesprecher Marius Buchner schildert Eindrücke zur Demonstration: „Wir sind mit dem Demoverlauf sehr zufrieden. Trotz unnötig vieler Polizeikontrollen gegenüber TeilnehmerInnen, verlief alles friedlich, aber dennoch entschlossen. Obwohl die Demonstration von vielen mit Misstrauen betrachtet wurde, schlossen sich auch einige BürgerInnen zeitweise dem Demozug an. Aus dem Wohnhaus in der Schweitzer Straße applaudierten dann sogar einige Menschen von ihren Balkonen.

Presseteam des Organisationsbündnisses „Hoyerswerda – 15Jahre später"
hy.presse@web.de ■

Antifaschistischer Aktionstag
gegen die Nazi-Demonstration
am 14. Oktober 2006!
Für den 14.10.2006 ruft die neofaschistische NPD unter dem Motto „Nationale Arbeitsplätze statt internationaler Profite" zu einem Aufmarsch durch die Hamburger Innenstadt auf.
Unser Ziel ist es, gegen den Nazi-Aufmarsch möglichst viele Menschen auf die Straße zu bringen und damit ein ermutigendes Zeichen gegen das Erstarken der Neonazis zu setzen. Sei dabei !
Das Hamburger Bündnis gegen Rechts
ruft deshalb auf:
Keinen Fußbreit den Nazis –
in Hamburg oder anderswo!
Demonstration:
10.30 Uhr, Gänsemarkt

Immunität aufgehoben

DRESDEN. Gegen den sächsischen NPD-Fraktionschef Holger Apfel und zwei seiner Fraktionskollegen, Winfried Petzold und Klaus-Jürgen Menzel, will die sächsische Staatsanwaltschaft Anklage erheben. Ein Landtagsausschuss hob jetzt die Immunität der Abgeordneten auf.

Die Ermittlungen gegen die drei NPD-Abgeordneten seien im Frühjahr abgeschlossen worden, sagte der Leiter der Staatsschutzabteilung der Staatsanwaltschaft Dresden, Jürgen Schär. Apfel und Petzold wird vorgeworfen, in einem Rundschreiben an die sächsischen NPD-Mitglieder nach dem Austritt von drei Abgeordneten aus der NPD-Fraktion die Szene-Aussteiger Jörg Fischer und Matthias Adrian als „Talkshow- und Vortragsnutten" bezeichnet zu haben. Die beiden stellten daraufhin Strafanzeige wegen Beleidigung. →

Anhörung vor dem EuGH Entschädigung für die Opfer des Wehrmachtsmassakers vom 13.12.1943 in Kalavryta (Griechenland)

Am 19. September fand erstmals eine Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg statt, bei des es um die Entschädigungsansprüche von NS-Opfern ging.
Im vollbesetzten Verhandlungssaal trugen die Vertreter der Kläger, der beklagten Bundesrepublik und der EU-Kommission ihre Positionen vor. Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten UnterstützerInnen für die Entschädigung aller griechischen NS-Opfer.

Hintergrund des Rechtsstreits ist das folgenschwerste Massaker im besetzten Griechenland, bei dem Wehrmachtssoldaten mindestens 696 Menschen ermordeten und die Ortschaft Kalavryta dem Erdboden gleichmachten. Die überlebenden Opfer und Hinterbliebenden verklagen die BR Deutschland vor griechischen Gerichten auf Entschädigung für ihr Leid und ihre materiellen Verluste.

Der EuGH hat darüber zu entscheiden, ob die griechischen Gerichte für derartige Klagen zuständig sind. Die Bundesregierung bestreitet dies und behauptet, sie könne vor griechischen Gerichten Immunität beanspruchen, also nicht verklagt werden. Im Ergebnis wäre damit den griechischen Klägern jeglicher Rechtsweg abgeschnitten.

Der deutsche Vertreter Dr. Burkhard Hess wiederholte das Lamento aller Bundesregierungen. Man bedaure, aber leider stünden den Opfern keine Ansprüche zu.

Auch nach europäischem Recht (Brüsseler Konvention) gebe es keinen Rechtsweg, denn diese gelte nur für zivilrechtliche Ansprüche. Die Anwälte der Kläger, Ioannis Stamoulis und Dr. Joachim Lau betonten hingegen die Tatsache, dass ein schweres Völkerrechtsverbrechen nicht ohne Konsequenz bleiben könne. Ein Staat, der wie Nazi-Deutschland das Recht gebrochen habe, dürfe nicht durch die Gewährung von Immunität privilegiert werden. Der Klageweg stehe jedem europäischen Bürger offen, und zwar dort, wo das Verbrechen begangen wurde, also in Griechenland.

Der Generalanwalt beim EuGH wird am 8.11.06 plädieren. Wann das Gericht entscheidet, steht noch nicht fest.

Arbeitskreis Distomo Luxemburg, 19.9.2006 ■

Gegen den NPD-Abgeordneten Klaus-Jürgen Menzel will die Staatsanwaltschaft wegen des Vorwurfs der uneidlichen Falschaussage und der Strafvereitelung Anklage erheben. Er habe einem rechten Schläger im Prozess vor dem Amtsgericht ein falsches Alibi verschafft, so Schär.

Weil der Ausschuss-Beschluss nicht einstimmig war, muss über die Aufhebung der Immunität von Winfried Petzold, Holger Apfel und Klaus-Jürgen Menzel aber jetzt auch noch das Landtagsplenum auf seiner Sitzung im Oktober befinden, sagte eine Sprecherin des Parlaments. *Quelle: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de*■

NPD appelliert an die „Republikaner"

Berlin. Bei einer Tagung des NPD- Parteivorstands in Naumburg / Saale stand einer Pressemitteilung der NPD zufolge die Beteiligung an den Kreistagswahlen in Sachsen-Anhalt im Mittelpunkt der Beratungen. Der dortige Landesverband erhielt grünes Licht für die Kreistagswahlen im Frühjahr 2007.

Der Parteivorsitzende Udo Voigt richtete einen Appell an die „Reste der Partei" „Die Republikaner" in dem es heißt: „Die Zeit ist reif; schließt Euch jetzt der NPD und dem erfolgreichen Deutschland-Pakt an. Jegliche Eigenbrötelei hilft letztendlich nur den multikulturellen Extremisten. Die NPD ist offen für Euch. Wir stehen für die Volksbewegung statt für Gruppenegoismus. Der Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes benötigt nun – mehr als je zuvor – jeden aktiven Mitstreiter ehrlichen Herzens und helfende Hände". *Quelle: PM NPD* ■

NPD-Medienoffensive

Berlin. Wegen der ihrer Meinung nach zu dürftigen und tendenziösen Erwähnung in den Medien hat die NPD angekündigt, eine eigene Medienoffensive starten zu wollen. „Wenn Maischberger, Christiansen oder Pattberg nicht den Mut zum offenen Diskurs haben, müssen wir neben dem geschriebenen Wort neue Formen finden, um unsere Positionen den Menschen im Land zu erläutern", so der NPD-Pressesprecher Klaus Beier.

Zunächst werde mit der Einstellung von Audio-Dateien auf der Website begonnen, die in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stimme redaktionell erstellt worden sind. Spätestens zum Winter werde dann zusätzlich noch ein Nachrichtenprogramm mit bewegten Bildern angeboten werden. Wie Spiegel-Online am 27. September berichtete, kursieren schon erste Testsendungen von NPD-TV in Tagesschau-Optik im Netz. Aufgrund der Berichterstattung hat YouTube die NPD-Beiträge aus seinen Datenbanken entfernt oder zumindest gesperrt. Die Sendungen sind als Link noch im Netz

zu finden, doch beim Aufrufen der Videos erscheint ein Hinweis, die Videos würden gegen die Regelnd es Internetportals verstoßen und seien deshalb gelöscht worden.

Quelle: Spiegel Online, 27.9.06 - u.b. ■

Netzwerke gegen Rechtsextremismus erhalten

BERLIN. Zu den aktuellen Debatten um die Erhöhung der Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus und ein neues NPD-Verbotsverfahren erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.: „Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Peter Struck, hat am Wochenende fünf Millionen Euro mehr Mittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus gefordert. Ich begrüße, dass er die bisherigen Programme fortsetzen will. Bleibt abzuwarten, ob sich Struck damit gegen seinen Koalitionspartner durchsetzen kann. Denn die Unionsfraktion scheint weiter auf ihrem Konzept zu bestehen, solche Programme zukünftig nur noch über die Kommunen abzuwickeln. Die Erfahrungen zeigen aber, dass oft genau dort das Problem liegt. Viele Kommunalpolitiker scheuen die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten. Einrichtungen wie die Mobilen Beratungsteams sind wichtig, um dennoch Netzwerke gegen Rechtsextremismus etablieren zu können.

Und selbst wenn die SPD sich mit der Forderung nach Erhöhung und Verstetigung der Mittel durchsetzen kann, steht der nächste, unbedingt notwendige Schritt noch aus: die Ausdehnung der Programme nach Westdeutschland. Denn auch das Saarland, Bremen und andere Regionen im Westen sind mittlerweile mit dem Problem einer fest verankerten rechtsextremen Szene konfrontiert. Auch hier etablieren sich NPD und DVU in Landes-, Kreis- und Stadtparlamenten."

PM Ulla Jelpke, MdB ■

Überreste von Nazi-Opfern entdeckt?

MENDEN. Bei Skelettfunden auf einer Friedhofswiese im sauerländischen Menden handelt es sich möglicherweise um Euthansie-Opfer. Bei der Suche nach einem Massengrab aus dem Zweiten Weltkrieg waren zunächst zehn Skelette von Kindern und zwei von Erwachsenen gefunden worden. Inzwischen sind es über 30 Skelettfunde. Einige der Kinderschädel lassen darauf schließen, das die Kinder behindert waren. Deshalb wird vermutet, dass es sich hier um Euthanasie-Opfer handeln könnte. Die Oberstaatsanwaltschaft Dortmund begleitet deshalb die Arbeiten, denn sie ist zuständig für die eventuelle Aufklärung solcher NS-Verbrechen. DNA-Proben sollen bei der Identifizierung helfen. Zeitzeugen-Berichte und Gerüchte hatten die Suche nach dem Massengrab ausgelöst.

u.b. ■

Am 14. Oktober wollen Neonazis in Nürnberg die Revision der Nürnberger Prozesse fordern. Stadt versucht nicht, diese NS- Verherrlichung zu verbieten

NÜRNBERG. Am Samstag, den 14. Oktober 2006 wollen neofaschistische Kameradschaften und die NPD eine zentrale Demonstration in Nürnberg abhalten. Vom Nürnberger Gerichtsgebäude in der Fürther Straße aus will der braune Zug durch den migrantisch und alternativ geprägten Stadtteil Gostenhof zum Hauptbahnhof ziehen. Das Nürnberger Justizgebäude mit seinem berühmten Sitzungssaal 600 war 1946 historischer Ort der „Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse", wo führende Nationalsozialisten u.a. wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurden. Heute, 60 Jahre später, wollen die Rechtsextremen unter dem Motto „Recht statt Rache – Revision der Nürnberger Prozesse" die verurteilten NS-Verbrecher zu Opfern stilisieren und damit die Geschichte der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft umschreiben.

Wie mittlerweile bekannt wurde, wird die Stadt Nürnberg es nicht einmal versuchen, diese Verherrlichung des Nationalsozialismus zu verhindern. Grund dafür ist laut dem Rechtsreferenten der Stadt, Hartmut Frommer, die mangelnde Aussicht auf einen erfolgreichen Verbotsantrag. Außerdem will die Stadt den Anmelder des Aufmarsches, Christian Malcoci, nicht zu sehr aufwerten. Deswegen wird der Neonaziaufmarsch in den Nürnberger Medien auch weitestgehend ignoriert. Noch vor gut zwei Monaten hat der Oberbürgermeister Ulrich Maly angekündigt, dass die Stadt alle rechtlichen Mittel ausschöpfen wolle, um einen Aufmarsch durch Nürnberg zu verhindern.

Im Gegenteil dazu mobilisieren seit Wochen antifaschistische Initiativen, Organisationen und Bündnisse zu breiten Gegenmaßnahmen, um den Naziaufmarsch in Nürnberg zu verhindern.

Den Aufruf zu einer Gegendemonstration der Organisierten Autonomie (OA) und des Antifaschistischen Aktionsbündnisses (AAB) unterstützen über 130 Läden, Initiativen und Organisationen. Eine vom „Bündnis Nazis stoppen am 14.10." initiierte Unterschriftenliste, die dazu aufruft, den Naziaufmarsch durch zivilen Ungehorsam zu blockieren, haben bereits Hunderte Einzelpersonen und zahlreiche Prominente unterschrieben. Diese Unterstützerliste umfasst KZ-Überlebende wie Esther Bejarano und Martin Löwenberg, bundesweit bekannte Politikerinnen und Politiker wie den Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag Oskar Lafontaine oder die Parteivorsitzende von Bündnis90/Die Grünen Claudia Roth und bekannte Personen aus der Gesellschaft wie die Berliner Hochschul-Professorin Birgit Rommelspacher, den Autor Roger Willemsen oder den ehemaligen Fußballspieler Rachid Azzouzi von Greuther Fürth.

Informationen zum 14. Oktober unter www.nazistopp.tk

Nils Jandl ■

Publizistische Offensive

BERLIN. Um Spenden und für Probeabos wirbt die „Junge Freiheit" in einem Brief an ihre Leser. Es sei „notwendig, publizistisch in die Offensive zu gehen", so Chefredakteur Dieter Stein. Viele Menschen seien „maßlos enttäuscht" von der Berliner Regierung und sehen mit „allergrößter Sorge und Empörung auf den Ausverkauf konservativer und nationaler Inter-essen". Kritisiert wird vor allem, dass von dem Modell einer multikulturellen Gesellschaft nicht abgerückt werde, die „Homo-Ehe" nicht rückgängig gemacht worden ist und es kein klares „Nein" zum „EU-Beitritt der Türkei" gebe. Es seien „viel zu wenige und die Wenigen sind zu leise zu vernehmen", die „die Regierungspolitik scharf von konservativer Seite kritisieren". Die „Junge Freiheit" sei „im Laufe der letzten Jahre schon zu einer vernehmbaren Stimme im Chor der überregionalen Wochenzeitungen geworden", aber „sie muß noch größer werden". Es sei „ein ehrgeiziges, aber erreichbares Ziel, die JF in fünf bis zehn Jahren zur Nummer 2 unter den deutschen Wochenzeitungen auszubauen", so eine der möglichen Zukunftsoptionen der Zeitung.

Im Rahmen einer Abo-Kampagne soll nun eine neue „Großoffensive" gestartet werden. Neben einer Probeabo-Beilage in der Gesamtauflage der „FAZ" (480.000 Exemplare) und Beilagenwerbung in Zeitschriften und Zeitungen (200.000 Exemplare), soll Werbung für die Zeitung an 250.000 Adressen geschickt werden. Die anvisierten Kosten in Höhe von 215.500 Euro sollen durch eine „Sonderspende" aus dem Leserkreis der „Jungen Freiheit" finanziert werden.

Nach „der Einstellung aller juristischen Auseinandersetzungen mit den Innenministerien und dem Stopp der Verfassungsschutzberichte" sieht das rechte Wochenblatt nun eine „einmalige Chance zum publizistischen Durchbruch".

hma ■

Verfemte NS-Opfer: Deserteure Gedenken durch Mahnzeichen

KÖLN. Den Deserteuren, „Wehrkraftzersetzern“ und Kriegsdienstverweigerern aus der NS-Herrschaftszeit soll in Köln endlich ein Denkmal gesetzt werden. Die Linksfraktion hat hierzu für die Ratssitzung am 28.9.06 einen Antrag eingebracht, nach dem die Verwaltung dem Rat bis Anfang 2007 einen Vorschlag über die Errichtung eines solchen Denkmals zu unterbreiten hat. Dabei soll geprüft werden, ob sich ein Standort in die bisherigen Gedenkstätten für die Opfer der Naziherrschaft eingliedern lässt. Das wäre im Klingelpützpark denkbar, aber auch an anderer Stelle, wenn sie sich in eine Art Geschichtsmeile einplanen ließe. Art und Ausmaß des Denk-Mals sind noch nicht beschrieben.

Anstoß für den Antrag gab Anfang des Jahres eine Veranstaltung zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz. Dort stellte die Bürgermeisterin Scho-Antwerpes fest, dass es in Köln noch immer kein Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz gebe. Dieser Personenkreis wurde nach vielen schwierigen Diskussionen und Anhörungen im Juli 2002 durch eine Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege gegen den erklärten Willen des Verteidigungsausschusses endlich öffentlich rehabilitiert. Zuvor hatte das Bundessozialgericht 1991 einen ersten Schritt zu ihrer Rehabilitation getan. In einem Grundsatzurteil wurde auch den Hinterbliebenen der hingerichteten Soldaten eine Entschädigung zugesprochen. Zu entschädigen seien „gleichermaßen Widerstandskämpfer, unpolitische Menschen, auch ‚Feiglinge‘ und treue Gefolgsleute in einem völkerrechtswidrigen Krieg“. In der Rentenversicherung wurden künftig auch die Strafzeiten der Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“, Selbstverstümmler und Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Aber „Kriegsverrat“ war davon ausgenommen. Er wurde in einem Zuge mit den kriminellen Straftaten der Plünderung, Misshandlung von Untergebenen und Leichenfledderei genannt.

In ihrer Antragsbegründung führt die Fraktion aus, dass es mindestens 300.000 deutsche Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer während der NS-Herrschaft gegeben hat. 30.000 von ihnen wurden nach deutschem Kriegsrecht zum Tode verurteilt, über 22.000 von ihnen hingerichtet, davon auch eine unbekannte Anzahl im Kölner Klingelpütz.

Im Sommer 2007 wird im NS-Dokumentationszentrum (EL-DE-Haus) eine bereits jetzt bundesweit beachtete Ausstellung zum Thema „Opfer der NS-Militärjustiz“ stattfinden, die die Berliner Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ erarbeitet hat.

Die Deserteure haben sich durch Wort und Tat aktiv geweigert, den Herrschaftsanspruch des NS-Regimes anzuerkennen. „Diese anderen Soldaten“, wie sie in Militärkreisen abschätzig genannt werden, verdienen – wenn auch reichlich spät – Respekt und vorbehaltlose Hochschätzung aller Demokraten. Die Bundeswehr tut sich bis heute schwer damit.

Wolfgang Breuer ■

Auf der Ratssitzung am 28.9. wurde der Antrag der Fraktion Die Linke.Köln mit den Stimmen von SPD und Bündnis90/ Die Grünen angenommen.
CDU, FDP und die rechte Fraktion „Pro Köln“ stimmten dagegen.

Für ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD – Ablehnen nur weil's ein Struck-Vorschlag ist ?

Nach dem Einzug der NPD in den Mecklenburger Landtag und in Berliner Bezirksvertretungen häufen sich die Erklärungen zur Legalität der NPD. Diese Legalität wird der Nazipartei hierzulande entgegen den Lehren der Geschichte und dem Völkerrecht von 1945/ 1946 (Potsdam und UNO) sowie dem Grundgesetzartikel 139 zugestanden. Als erster brachte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Dr. Peter Struck ein neues Verfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht ins Spiel. Viele Politiker aus der FDP und der CDU/CSU widersprachen ihm. Viele antifaschistische Gruppen begrüßten den Vorschlag, allerdings gab es sogar von Linken Widerspruch gegen Struck. Dabei wird der Hinweis auf das V-Leute-System ins Feld geführt, das einem neuen Verbotsverfahren entgegenstehe. Dieser Hinweis geht aber völlig in die Irre. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt erklärt, wenn der Formfehler – die unzulässige Beweisführung gegen die NPD mittels Zitaten aus Dokumenten und Äußerungen, die von V-Leuten stammen — beseitigt ist, steht einem neuen Verfahren nichts im Wege.

Auch das Gegeneinanderstellen von erzieherischen und aufklärerischen Aufgaben der Zivilgesellschaft und Repression gegen Faschisten ist wieder in der Diskussion. Doch wer für die Auflösung und das Verbot der NPD eintritt, der wird zugleich stets die Notwendigkeit der antifaschistischen und demokratischen Aufklärungsarbeit im Blick behalten.

Antifaschisten bekunden auf ihren Transparenten und auch anderswo: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“. Es geht also um Verbrechensbekämpfung, und die muss sein. Zugleich wird doch aber jeder vernünftige Mensch zustimmen, wenn gesagt wird: Die Erziehung des Menschen zur Einhaltung der Verfassung und zur Unterlassung von Verbrechen bleibt ebenso vorrangige Aufgabe wie die Strafverfolgung. Das eine ist durch das andere nicht zu ersetzen. Mord muss sowohl bestraft als auch verhütet werden. Das gilt auch für Mordhetze.

Mit dem Verbot der NPD muss selbstverständlich auch die Bildung etwaiger Nachfolgeorganisationen unterbunden werden. Da gilt es, aus dem verfehlten FAP-Verbot durch die Innenminister zu lernen, denn FAP-Nachfolgeorganisationen entstanden ungehemmt, z.B. in Form der „freien Kameradschaften“. Und selbst dann, wenn Nazis sich neu formieren, wäre damit kein Ersatz für eine finanzkräftige, staatliche geförderte und geduldete Politik und Partei gegeben.

Inzwischen hat sich ein führender Politiker des von neuen NPD-Erfolgen betroffenen Landes Berlin, Klaus Wowereit, dem Vorschlag von Peter Struck zum NPD-Verbot angeschlossen. Vielleicht sollten nun alle Linken und Antifaschisten noch einmal über Strucks Vorschlag konstruktiv nachdenken. Sie würden damit nicht zu Anhängern der Politik Strucks, der sich mit der von ihm betriebenen Militarisierung der Außenpolitik schwer gegen die Lehren aus der Geschichte versündigt hat. Es ist aber nicht zu übersehen, dass die Konservativen im Lande beim Umgang mit der NPD bestimmte rechte Aussagen nicht tabuisiert sehen möchten und dass sie – wie zu oft geschehen – sogar mit politisch inhaltlichen wie auch organisatorischen Ressourcen des Rechtsextremismus liebäugeln. Weshalb sie Struck entgegentreten, der – wie auch in seinem Widerspruch zum Bundeswehreinsatz im Innern – erkennen lässt, dass er nicht allen Formen der Rechtsentwicklung im Innern zustimmt.

Wir sollten auch stets die Jahreszahl 1933 vor Augen haben, wenn wir über das Vorgehen gegen die Nazis und den Umgang mit den Sozialdemokraten sprechen. Denn damals fanden nicht alle demokratischen Kräfte zueinander, wie es notwendig gewesen wäre. Wenn Dr. Struck und andere SPD-Politiker nun ein Angebot zum Vorgehen gegen Rechts machen, sollte es zumindest ausprobiert werden. Viele Antifaschisten haben eine Riesenangst davor, dass wieder der Zeitpunkt verstreicht, an dem endlich gegen Rechts gemeinsam gehandelt werden könnte. Wenn jetzt nicht gegen die endgültige nachhaltige Legalisierung des deutschen Faschismus gehandelt wird, dann wird es vielleicht später zu spät sein. *Ulrich Sander, VVN-BdA* ■

„Daher fordern wir den sofortigen Abriss dieses rassistischen Denkmals“

Am 10. September weihten Kultursenatorin von Welck und der Wandsbeker Bezirksamtsleiter Fuchs am Wandsbeker Marktplatz drei Büsten ein, darunter die von Heinrich Carl von Schimmelmann, einem Sklavenhändler (Bildmitte). Am 25. September folgten rund 80 Menschen dem Aufruf der Black Community zum Protest gegen diese Ehrung. Im Aufruf heißt es:

„Das Bezirksamt Hamburg-Wandsbek hat ein Denkmal zur Ehrung eines Mannes aufgestellt, der mit der Massenentführung, Verschleppung, Vergewaltigung, Massendeportation, Menschenhandel, Völkermord und Versklavung von Schwarzen Menschen einst zum reichsten Mann Europas geworden ist: dieser rassistische Verbrecher hieß Graf Heinrich Carl von Schimmelmann (1724-1782). Mit diesen kriminellen Machenschaften und seinem blutigen Vermögen trug er zum Wohlstand Wandsbeks, Hamburgs, Deutschlands und Europas bei und gründete zahlreiche wohltätige und karitative Einrichtungen und Projekte zu Gunsten seiner weißen Mitbürger.

Der Black Community in Deutschland verurteilt auf Schärfste dieses rassistische Denkmal und fordert seinen sofortigen Abriss. Denn, eigentlich sollte Deutschland die Erinnerung an eine barbarische Gestalt wie Graf von Schimmelmann zum Anlass nehmen, sich mit dieser verbrecherischen Vergangenheit auseinanderzusetzen und Reparationen und Wiedergutmachung an Afrika und die Schwarze Diaspora zu bezahlen wegen seiner kolonialen, Nazi- und neokolonialen Verbrechen an Schwarzen Menschen. Einen Menschenhändler, Versklaver und Massenmörder zu ehren, ist nichts anderes als Verharmlosung, Revisionismus und Negationismus, und das stellt wiederum eine rassistische Diskriminierung, Beleidigung, Verachtung und Missachtung der Würde von Schwarzen Menschen in Hamburg, Deutschland und weltweit dar.

Daher fordern wir den sofortigen Abriss dieses rassistischen Denkmals!

Wir fordern eine offizielle, öffentliche Entschuldigung des Bezirksamts Wandsbek und der Hansestadt Hamburg bei der Black Community in Hamburg!

Darüber hinaus fordern wir die deutsche Wirtschaft, Kirchen, und Landes- und Bundesregierungen auf, sich für ihre kolonialen, Nazi- und neokolonialen Verbrechen an Schwarzen Menschen offiziell bei der Black Community in Deutschland zu entschuldigen sowie Reparationen und Wiedergutmachungen an Afrika und die Schwarze Diaspora zu zahlen!“

MitveranstalterInnen:
AG-REPARATIONEN u. AG-PANAFRIKANISMUS/AFRIKAS BEFREIUNG der Black Community in Deutschland, SOS-Struggles Of Students, ARA - African Refugees Association, BSO - Black Students Organisation, Quilombo Brasil-Radio Mamaterra, Colour Music, AYACSA e.V. - African-German Youth Arts, Culture & Science Association, Refugees Emancipation-RE, Women in Exile, The Voice Refugee Forum, Brandenburger Flüchtlingsinitiative-BFI, ADEFRA e.V. - Schwarze Frauen in Deutschland, ISD - Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, Pan African Women Liberation Organization (PAWLO – Germany. Mit der Unterstützung von: Afrikanische Studentenunion - ASU, SFC - Schwarze Frauen Community in Österreich, PAMOJA - Movement of Young African Diaspora in Österreich

Die Auseinandersetzung geht weiter

Wer die informative Website www.afrika-hamburg.de besucht, stößt unter anderem auf das Projekt „Park Postkolonial“. Auf einem kleinen Handzettel, den die Initiatorin Jokinen auch auf der Kundgebung am 25.9. verteilte, wird die Frage aufgeworfen: Was will Hamburg von seiner kolonialen Verantwortung wissen? Wie umgehen mit Hamburgs Kolonialmonumenten? Mit Wissmann, Woermann, Schimmelmann? Mit Ansehen und Wirtschaftskraft, gewonnen aus Kolonialraub, Sklaven- und Zwangsarbeit? Beteiligen Sie sich an der Debatte um das Projekt für einen „park postkolonial“ als kritischer Lernort:
www.afrika-hamburg.de
www.afrika-hamburg.de/parkd.k.

Von dieser Homepage dokumentieren wir mit freundlicher Genehmigung Auszüge aus dem Kapitel „global players“ (www.afrika-hamburg.de/globalplayers1. html), Schimmelmann betreffend.

Der Sklavenhalter im atlantischen Dreieckshandel: Heinrich Carl Schimmelmann (1724 -1782)

begann mit Transportgeschäften und Handel mit Kolonialwaren in Dresden. Im Siebenjährigen Krieg beauftragte ihn Friedrich der Große mit der Verpflegung der preußischen Truppen, womit er ein Vermögen verdiente.

Der Kriegsgewinnler erwarb sich ein Stadtpalais am Michel in Hamburg und das damals zu Dänemark gehörende Ahrensburger Schloss mit 319 Leibeigenen. Er kaufte weitere Häuser und Güter in Dänemark und Wandsbek, die größte Zuckerraffinerie Nordeuropas in Kopenhagen sowie die vier größten Plantagen auf den dänisch-westindischen Inseln. Nachdem er dem dänischen König zur Sanierung der Staatsfinanzen geholfen hatte, erwarb er den Adelstitel eines Barons und wurde zum Schatzmeister (Finanzminister) ernannt. Als Politiker und Unternehmer in Personalunion konnte er schalten und walten nach Belieben. Seine Aktivitäten im In- und Ausland vernetzten Produktion, Handel und Kapitalbeschaffung miteinander. So wurde der autarke Schimmelmannsche Wirtschaftskreislauf in Gang gehalten durch die drei Güter, zwei Fabriken und vier Plantagen sowie durch Beteiligung am tansatlantischen Sklavenhandel. Die Sklavenschiffe rüstete Schimmelmann selbst aus oder ließ diese chartern. Mit rund 1000 Sklaven auf den eigenen Plantagen gehörte Schimmelmann in seiner Zeit zu den größten Sklavenhaltern weltweit. In seinen Wandsbeker Einrichtungen für Armenfürsorge verarbeiteten Waisenkinder Wolle und Baumwolle zu Textilien. Der Straßenname ‚Kattunbleiche’ in Wandsbek erinnert noch heute an das Wirtschaftsimperium.

Neben dem ‚Negertuch’ genannten Baumwollstoff gehörten Branntwein und Gewehre zu den wichtigsten Tauschgütern im Handel mit Sklaven. Eigene Schiffe oder die Flotte des Altonaer Reeders von der Smissen brachten die Hamburger Ware nach Afrika und setzten sodann ihre Fahrt fort zu den Westindischen Inseln, diesmal mit menschlicher Fracht.

Die letzte Etappe des Dreieckhandels bildeten Schiffsladungen mit Zucker, Rum und Baumwolle von den westindischen Plantagen nach Europa zur Weiterverarbeitung in den Schimmelmannschen Manufakturen.

Eröffnung des U-Bahnhofes Garching:

Tafeln ehren NS-Täter

Siegfried Benker von Bündnis 90/Die Grünen? hat in einem Offener Brief an OB Christian Ude diesen aufgefordert der geplanten feierlichen Eröffnung des U-Bahnhofs Garching fernzubleiben – obwohl er für diesen Tag als Redner vorgesehen sei. In dem Brief heißt es:

„Mit Claude Dornier und Willy Messerschmitt werden in diesem neuen U-Bahnhof zwei Wissenschaftler und Unternehmer geehrt, die das nationalsozialistische Regime unterstützt und von ihm profitiert haben.

Claude Dornier war Mitglied der NSDAP und Wehrwirtschaftsführer. Seine Werke in Oberpfaffenhofen und München-Neuaubing, Brunhamstraße 21, produzierten seit 1936/37 serienmäßig Kampfbomber. In dem Katalog „Ort und Erinnerung“ von Winfried Nerdinger heißt es: „Für ihre Zwangsarbeiter, deren Zahl sich von Dezember 1941 bis Frühjahr 1944 von 855 auf 1913 mehr als verdoppelte, errichtete Dornier ein Arbeitslager direkt neben der Flugzeugfabrik. Fast jeder zweite Beschäftigte war 1944 ein Zwangsarbeiter. An anderen Produktionsstandorten beutete Dornier auch Häftlinge aus dem KZ Dachau aus.“ (S. 110) (Am Rande sei erwähnt, dass Dornier das Konstruktionsverbot für deutsche Firmen nach 1945 umging, indem er Konstruktionsbüro und Produktion in das damals faschistische Spanien verlegte.)

Der Historiker Lutz Budraß fasst das Wirken Claude Dorniers konsequent so zusammen: „Er war kein Anti-Nazi, er hat an vorderster Stelle an der Aufrüstung mitgearbeitet.“ (SZ vom 10.4.2006)

Wilhelm Messerschmitt wurde bereits 1933 Mitglied der NSDAP. Lutz Budraß bezeichnet Messerschmitt als „des Führers Lieblingskonstrukteur – er hat sich mehr als alle anderen Flugzeugbauer mit Hitler eingelassen.“ (SZ vom 10.4.2006) Die Firma Messerschmitt setzte mehrere tausend KZ-Häftlinge in verschiedenen Außenlagern für die Produktion ein. Eine Produktionsstätte der Messerschmitt-Werke wurde unmittelbar neben dem KZ Dachau errichtet. Im Juli 1943 bedankte sich Messerschmitt persönlich beim Dachauer KZ-Kommandanten für dessen „Initiative und Einsatzfreudigkeit“ bei der Errichtung dieser Außenstelle für elektrische Fertigung im KZ-Dachau. Für die Firma Messerschmitt wurden insgesamt ca. 3.500 Häftlinge in den Außenlagern Lauingen, Landsberg, Bäumenheim, Augsburg-Michlwerke und Burgau eingesetzt. (Stanislav Záemecnik, „Das war Dachau“, S. 316) Nur zur Ergänzung sei hier auf die Beschreibung der Lebensverhältnisse in diesen Lagern verwiesen:

„Der Lagerkomplex war in der Regel von einem hohen Drahtzaun umgeben und hatte Wachtürme an den Ecken. Die Häftlinge lebten in provisorischen Baracken, die durch Ungeziefer verseucht waren und keine hygienischen Einrichtungen besaßen. Ihre Verpflegung entsprach nicht entfernt den enormen Arbeitsanforderungen. Die medizinische Versorgung war in den Augsburger Lagern so ungenügend, dass die Schwerkranken nach Dachau ...verlegt werden mußten. Das jedoch war für jüdische Häftlinge, die ab dem Herbst 1944 in die Nebenlager kamen, verboten.“ (a.a.O. S 308/309)

Auch die Errichtung von unterirdischen Produktionsstätten war Teil des Lager-/Produktionssystems. Die kriegswichtige Massenproduktion vor allem von Jagdflugzeugen wurde mit bis zu 200.000 Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen unter unmenschlichsten Bedingungen weiter vorangetrieben. An diesem System waren sowohl die Dornier-Werke als auch die Messerschmitt-Werke beteiligt.

Im bereits erwähnten Buch von Nerdinger, „Ort und Erinnerung“ heißt es über das KZ Dachau als Arbeitskräftelieferant: „Die wichtigsten Arbeitgeber außer der SS waren BMW, Messerschmitt und Dornier.“ (S. 93)

... Aufgrund der massiven Kritik in der Öffentlichkeit, vorangetragen durch Frau Präsidentin Charlotte Knobloch, Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland sowie Max Mannheimer, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau, hat der Stadtrat der Stadt Garching beschlossen, die Tafeln mit folgendem Text zu versehen:

Trotz ihrer tiefen Verstrickung in das nationalsozialistische Regime und seinen verbrecherischen Krieg wird die Ehrung der Konstrukteure der Ganzmetall- und Düsenflugzeuge für notwendig erachtet.

In Anbetracht der – oben nur kurz beschriebenen – Verflechtungen Dorniers und Messerschmitts sowie der Leiden der Opfer kann man nur zu der Feststellung kommen, dass diese Tafeln die historische Wahrheit verschleiern und die Opfer verhöhnen, die in den KZ-Außenlagern oder als Zwangsarbeiter bei der Produktion in diesen Firmen umkamen oder ausgebeutet wurden. Diese Tafeln können für die Opfer nur eines bedeuten: Alle Getöteten und Ausgebeuteten sind zusammen nicht so bedeutsam, wie die Leistung dieser beiden Ingenieure. Das Beharren auf der Ehrung bedeutet, dass alle Schrecken des Nationalsozialismus die Leistungen dieser Konstrukteure nicht überdecken können. Mit mehr Verachtung können Opfer wohl kaum bedacht werden.

... Im Kern geht es um die Frage, ob Personen des Nationalsozialistischen Regimes, die eindeutig auf der Täterseite standen, sechzig Jahre nach Kriegsende wieder ehrungswürdig werden indem ihre Leistungen größer dargestellt werden als ihre Verbrechen und Verwicklungen. Im Kern sollen Dornier und Messerschmitt aus dem Täterkreis der NS-Zeit zurückgeholt werden in den reinen Hort der Wissenschaftsgeschichte. Dies darf m. E. nicht geschehen.

Messerschmitt

Claude Dornier (1884 – 1969) Der Ingenieur Claude Dornier war Mitbegründer des Zeitalters der Ganzmetallflugzeuge und Flugboote. Die Reichweite und die Nutzlast wasserungsfähiger Flugzeuge ermöglichten erstmals Ozean- und Kontinentalflüge. Seine Firmen bauten während des Zweiten Weltkrieges Kampfflugzeuge, auch unter Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, von denen viele dabei zu Tode kamen.

Willy Messerschmitt (1898 – 1978) Der Flugzeugkonstrukteur Willy Messerschmitt prägte den Weltruf der Bayerischen Flugzeugwerke, der späteren Messerschmitt AG. Er fertigte als Erster Düsenflugzeuge in Serie. Seine Firma baute während des Zweiten Weltkrieges Kampfflugzeuge, auch unter Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, von denen viele dabei zu Tode kamen.

Dornier-Flugzeug

Falls Sie dennoch an der Eröffnung teilnehmen, möchte ich Sie auf diesem Wege bitten, wenigstens deutliche Worte zu dieser Ehrung zu sagen.

Das wäre nicht die Einmischung des Münchner Oberbürgermeisters in die Angelegenheiten einer anderen Kommune, sondern eine notwendige Stellungnahme zu einer historischen Reinwaschung, die nicht unkommentiert bleiben darf.

Mit freundlichen Grüßen,
Siegfried Benker“

Rechte Propaganda bei Reservisten - Lüneburg

Am 23. September 2006 fand in Lüneburg ein sogenannter „Tag der Reservisten“ auf dem Platz Am Sande statt. Die Veranstaltung, die von der regionalen Bezirksgruppe des Verbands der Reservisten ausgerichtet worden war, stand unter der Schirmherrschaft des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Landtagsfraktion und CDU-Kreisvorsitzenden, Bernd Althusmann.

Auf der Lüneburger Veranstaltung wurden vom örtlichen Reservistenverband eindeutig extrem rechte Schriften ausgelegt. Im Zelt der Reservisten fand sich neben Werbeblättchen ihres Verbandes auch eine Zusammenstellung von Artikeln von Gerd Schultze-Rhonhof, Gert Sudholt und Claus Nordbruch.

Reservisten sind ehemalige Bundeswehrsoldaten, die ständig einsatzbereit gehalten werden und auch bei Auslandseinsätzen eingesetzt werden. Im Februar 2005 beschloss der Bundestag auf Initiative von „Rot-Grün“ eine Neuordnung der Reserve der Bundeswehr. Darin wird das Alter, in dem Wehrpflichtige auch Reservisten sind, von 45 auf 60 Jahre angehoben. Sie sollen auch im Spannungs- und Notstandsfall herangezogen werden und es wurde eine neue Wehrdienstform „Hilfeleistung im Inland“ eingeführt.

Laut eigenen Angaben hat der Reservistenverband 138.000 Mitglieder, die in etwa 2.500 „Reservistenkameradschaften“ gegliedert sind. Insgesamt werden im Bundesverteidigungsministerium 9,6 Millionen westdeutsche Bürger als ehemalige Bundeswehrsoldaten (Wehrpflichtige und Berufssoldaten) geführt; 1,9 Millionen von ihnen haben bisher an Wehrübungen teilgenommen. Diese militaristische Community soll auch ein Stillhalten der Öffentlichkeit gegenüber weiterer teurer Aufrüstung und Bundeswehreinsätzen in aller Welt bewirken und eine militärfreundliche und Pro-Krieg Stimmung in der Öffentlichkeit erzeugen. Dazu dienen auch die „Tage der Reservisten“.

Auf der Lüneburger Veranstaltung wurden vom örtlichen Reservistenverband eindeutig extrem rechte Schriften ausgelegt. Im Zelt der Reservisten fand sich neben Werbeblättchen ihres Verbandes auch eine Zusammenstellung von Artikeln von Gerd Schultze-Rhonhof, Gert Sudholt und Claus Nordbruch.

Alle drei bestreiten in ihren Publikationen immer wieder, das der Zweite Weltkrieg von Deutschland ausgelöst wurde und relativieren die Verbrechen der Deutschen. Das Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte“, von Schultze-Rhonhof hat sich zum Standardwerk der Geschichtsfälscher und Neonazis entwickelt.

Die ausgelegten Artikel befassten sich mit dem Aufstand der Herero von 1904 in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ (dem heutigen Namibia). Darin wird der Völkermord bestritten und wieder die Schuld der Deutschen am Krieg und Massenmord geleugnet. Drei der fünf Artikel stammten aus der extrem rechten und geschichtsrevisionistischen Zeitschrift „Deutsche Geschichte“.

Im Frühjahr 2006 gab es in Lüneburg eine kontroverse Debatte um die Benennung des Geländes der ehemaligen Schlieffenkaserne. In dieser Debatte hatte sich dann der Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mädge (SPD) durchgesetzt, das zukünftige Baugebiet weiterhin nach dem Generalfeldmarschall im Deutschen Kaiserreich zu benennen. Schliefen war mitverantwortlich am Völkermord an den Herero.

Der Reservistenverband griff bei dieser öffentlichen Debatte offensichtlich auf extrem rechte Pamphlete zurück. Damit zeigt sich auch, was für ein Geist in diesen militaristischen Verbänden herrscht. Die gültige politische und geschichtliche Bildung in der Bundeswehr und den Reservistenverbänden dient offensichtlich nicht dazu, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und trägt erheblich zu Rechtsextremismus, Kriegs- und Gewaltbereitschaft bei.

Solche Vorfälle in den Reservistenverbänden sind mehr Quelle als Ergebnis der Rechtsentwicklung in der Gesellschaft und die Frage nach dem inneren Zustand, nach „Innerer Führung“ und nach Stellung der Rechtskräfte zum Militär und im Militär in besonderer Weise stellt sich wieder einmal aktuell.

Antifaschistische Aktion Lüneburg/ Uelzen, 28.9.2006, aa.lg-ue@gmx.net ■

Der ehemalige Generalmajor der Bundeswehr, Gerd Schultze-Rhonhof, ist regelmäßiger Autor und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ und trat bei extrem rechten und neofaschistischen Gruppen als Redner auf. Außerdem war er Interviewpartner der „National Zeitung“, der Zeitung der neofaschistischen „Deutschen Volksunion“ (DVU).

Gert Sudholt ist Eigentümer der Verlagsgemeinschaft Berg, unter deren Dach drei rechtsextremistische Verlage arbeiten: Türmer-Verlag, Vowinckel-Verlag und Druffel-Verlag. Er war langjähriger Vorsitzender der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“. Als presserechtlich Verantwortlicher wurde er 1993 wegen der Publikation eines holocaustleugnenden Artikel von Robert Faurisson in den „Deutschen Monatsheften“ zu sechs Monaten Haft und 10.000 DM Geldstrafe verurteilt. Heute ist er Herausgeber der extrem rechten und geschichtsverfälschenden Zeitschrift „Deutsche Geschichte“.

Claus Nordbruch ist ehemaliger Angehöriger der Bundeswehr und lebt seit einigen Jahren in Südafrika. Er ist Autor verschiedenster Bücher, die allesamt in extrem rechten Verlagen erschienen sind. Claus Nordbruch ist Mitglied der rassistischen Artgemeinschaft, die vom Rechtsanwalt Jürgen Rieger geleitet wird. Gerngesehener Referent ist der Anhänger der Apartheid auch beim rechtsextremistischen „Hilfskomitee Südliches Afrika“, das eng mit der neofaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa“ zusammenarbeitet. Bei der „Nation & Europa“ ist er regelmäßiger Autor.

150 Jahre Bergisch-Gladbach – aus diesem Anlass war die Künstlerin Ulrike Oeter in der vergangenen Woche wieder mit ihrem „Gedächtnis auf Rädern“ unterwegs. Schloss Bensberg – heute exclusives Hotel mit Sterne-Koch – war in der NS-Zeit eine „NAPOLA“, eine nationalpolitische Erziehungsanstalt, in der die NS-Ideologie und militärischer Drill an die zukünftige NS-Elite vermittelt wurde. Mit Fotos, Dokumenten und Briefen ehemaliger Schüler aus ihren Kriegseinsätzen sorgte das „Gedächtnis auf Rädern“ für lebhafte Diskussionen auf den Wochenmärkten in Bensberg und Gladbach, aber auch auf den Schulhöfen, die Frau Oeter in der Woche aufsuchte.

u.b., Fotos: pb ■

Reise nach Beirut:

Ein schwarzer Antisemit, ein ex-linker Verschwörungstheoretiker und ein neofaschistischer Journalist auf gemeinsamer Erlebnistour

Man nehme: Erstens, einen selbsternannten „Schwarzenführer“, der unter den Schwarzen seines Landes höchst umstritten, vor allem aber als unstreitiger Antisemit hervorgetreten ist. Zweitens, einen Verschwörungstheoretiker, den man (und der sich selbst) lange Jahre hindurch für einen Linken hielt, aber nach dem 11. September 2001 in ein äußerst seltsames Fahrwasser geraten sah. Und der seither unverkennbare Anleihen bei rechtsextremen Verschwörungsideologen getätigt hat. Drittens, einen selbsternannten „Kulturkritiker“ und Provokateur, der bereits durch rabiate antisemitische Ausfälle auf sich aufmerksam gemacht hat. Viertens, einen Journalisten einer mittelgroßen rechtsextremen Wochenzeitung, dessen Status den anderen Mitreisenden – allem Anschein nach – wohl bekannt ist. Man füge noch zwei oder drei weitere Personen hinzu. Nun schüttele man ideologisch einmal gut durch, rühre ein bisschen im entstehenden trüben Brei um, und schicke die ganze erquicklicke Truppe auf Reisen. Zum Beispiel nach Beirut, unmittelbar nach dem jüngsten Krieg dort, wo die drei Prominenten der Truppe mit diversen Gesprächspartnern zusammentreffen können. Man kann sich denken, dass das eine brisante Mischung ergibt... Ähnliches ist aber jüngst real passiert. Die rechtsextreme Wochenzeitung ‚Minute‘ enthüllt in ihrer Ausgabe vom 13. September, auf drei vollen Zeitungsseiten, dass eine (bis dahin) einigermaben erstaunlich erscheinende Gurkentruppe am 27. August dieses Jahres von Paris-Orly auf aus Reisen ging.

Daran waren beteiligt:

A: Dieudonné M’bala M’bala, der frühere Antirassist und jetzige unzweideutige Antisemit (Vgl. insbesondere http://www.hagalil. com/archiv/2006/05/frankreich-5.htm, vor allem die untere Seitenhälfte, Anmerkung 1). Dieudonné, der allgemein unter seinem Vor- und Künstlernamen bekannt ist, wirkt als (nicht immer komischer) Komiker, ist Eigentümer eines eigenen Theaters im 11. Pariser Bezirk und schwingt sich gern zum angeblichen Sprecher der französischen Schwarzen auf, was bei vielen von ihnen aber absolut nicht akzeptiert wird. Er ist Sohn eines aus Kamerun stammenden Vaters und einer bretonischen Mutter. Der selbsternannte „Präsidentschaftskandidat 2007“ der Armen, Unterdrückten und Diskriminierten – soweit seine Selbstsicht – brachte auch seinen „Wahlkampfleiter“ Marc Robert im Gepäck mit. Sehr wahrscheinlich dürfte Dieudonné die 500 Unterstützungsunterschriften von Mandatsträgern der Republik (von Bürgermeistern bis Abgeordneten) nicht erhalten, die erforderlich sind, um zur Präsidentschaftswahl im April kommenden Jahres kandidieren zu können. Bis dahin, d.h. bis zum Abgabeschluss für die Unterschriften 5 Wochen vor der Wahl, dürfte der Mann aber noch gehörig Staub aufzuwirbeln versuchen. Nachteil für ihn: Die französischen Medien scheinen inzwischen die Nichtwahrnehmung gegenüber der Aufmerksamkeit für seine Umtriebe vorzuziehen.

B: Thierry Meyssan, der frühere Linke und Antifajournalist. Noch bis im Jahr 2000 spielte Meyssan tatsächlich eine nicht unwesentliche Rolle als Publizist und Autor, der Informationen über die extreme Rechte veröffentlichte. Material von Meyssan ging etwa in die Unterlagen des parlamentarischen Untersuchungsberichts über den damaligen paramilitärischen Ordnerdienst des französischen Front National (den DPS) von 1999 mit ein. Auch der Autor dieser Zeilen saß mit Meyssan im Jahr 2000 bei einer Veranstaltung im Raum Paris, auf der es um die Bekämpfung der extremen Rechten (nach dem Einzug der österreichischen FPÖ in die dortige Regierung) ging, zufällig auf einem Podium. Meyssan definierte sich damals noch klar als Antifaschist, zeichnete aber sich insofern durch ein seltsames Herangehen aus, als er eine Vorliebe für konservative Hinterzimmer-Connections und Komplotte (nach dem Muster des teilweise von Rechtsextremen durchsetzten Para-Nachrichtendiensts „Gladio“) hatte. Insofern kann man sagen, dass eine verschwörungstheoretische Sichtweise, die nicht auf gesamtgesellschaftliche Kräfteverschiebungen und wirkungsmächtige Ideologien, sondern vor allem anderen auf im Geheimen wirkende Zirkel abstellte, schon damals bei ihm angelegt war.

Meyssan animiert (noch immer) einen Publikationsdienst namens „Résau Voltaire“ – Netzwerk Voltaire, benannt nach dem französischen Aufklärungsphilosophen –, und kam vor Jahren in Führungspositionen beim „Parti Radical de Gauche“. Dass er dort als eine Art Parteisekretär amtierte, hat freilich nur geringe Bedeutung, denn diese „Radikale Partei der Linken“ (eine linksliberale Partei, die aus dem linken Flügel der „Radikalen“ des späten 19. Jahrhunderts hervorging – das waren damals die antiklerikalen Liberalen) ist heute nur noch ein kümmerlicher Rest ihrer selbst. Während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts handelte es sich um eine Zwanzig-Prozent-Partei, die an fast allen Regierungen beteiligt war, heute ist davon noch eine Zwei-Prozent-Partei übrig.

Seit dem 11. September 2001 ist Thierry Meyssan in ein höchst fragwürdiges Fahrwasser hinein geschwommen. In zwei Büchern versuchte er nachzuweisen, dass es nie ein Attentat (von Al-Qaïda) auf die beiden Türme in New York und auf das Pentagon gegeben habe, sondern dass alles durch die US-amerikanischen Dienste fingiert worden sei. In das Pentagon sei eine Rakete aus der Nähe abgefeuert worden (statt eine Boeing hineingesteuert worden), und das World Trade Center sei durch die Explosion einer im Inneren angebrachten Bombe zum Einsturz gebracht worden. Wo die mehreren hundert Passagiere der am frühen Vormittag des 11. September entführten Linienflugzeuge geblieben sind, ob sie etwa auf einer unterirdischen Basis festgehalten werden oder aber auf einer geheimen Mission auf dem Planeten Mars unterwegs sind, vermochte Thierry Meyssan aber bisher noch nicht herauszufinden. Dieser Unfug ist umso unglaublicher, als der Buchautor Meyssan einerseits die CIA für raffiniert genug hält, ein solches gigantisches Komplott einzufädeln – aber andererseits für dumm genug, sich von einem Autor ohne jeglichen Investitionsaufwand aus der Ferne ertappen zu lassen. Denn Thierry Meyssan ist nie zu Untersuchungen vor Ort in die USA gereist: Er behauptet, allein durch Untersuchungsarbeit an den durch US-Behörden selbst veröffentlichten Bildern am Bildschirm zu Hause fündig geworden zu sein bzw. das Komplott durchschaut zu haben. Allerdings spielten und spielen Meyssans verrückte „Enthüllungen“ etwa in der Antikriegsbewegung in Frankreich, anlässlich der Feldzüge in Afghanistan 2001 und im Iraq 2003, keinerlei Rolle.

In der französischen Linken war Meyssan mit seinen beiden irren Büchern („L’effroyable imposture“, Der furchtbare Schwindel, und „Le Pentagate“, beide 2002 in Frankreich erschienen) abgemeldet. Aber in arabischen Ländern beispielsweise, wo Komplotttheorien sich in relativ breiten Kreisen hoher Beliebtheit erfreuen, kam Meyssan gut an: Schon im April 2002, kurz nach Erscheinen von „L’effroyable imposture“, wurde er zu einer Konferenz in die Vereinigten Arabischen Emirate eingeladen. Und die französische Auflage seines Buches, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde, erreichte alsbald 100.000 Exemplare. (Vgl. dazu die Besprechungen der beiden Bücher vom Autor dieser Zeilen : http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2002/16/26a.htm und http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2002/38/23b.htm)

Am brisantesten aber sind die Anleihen, die Thierry Meyssan beim Abfassen seiner beiden Bücher offenkundig bei anderen Autoren getätigt hatte. In einem Gegenbuch, das ebenfalls im Jahr 2002 von zwei französischen Journalisten mit Spezialisierung auf Nachrichtendienste („L’effroyable mensonge“, Die schreckliche Lüge, von Guillaume Dasquié und Jean Guisnel) veröffentlicht wurde, wird Meyssan etwa nachgewiesen, dass er in der Phase unmittelbar nach dem 11. September bei einem rechtsradikalen Ideologen abgeschrieben hatte. Es handelt sich um Emmanuel Ratier, der regelmäßig in Organen des rechtsextremen Front National publiziert. Emmanuel Ratier ist nach eigener Einschätzung der geistige Erbe des im Jahr 2001 in hohem Alter (über 90) verstorbenen Verschwörungsideologen Henry Coston, dessen Archive er übernommen hat. Coston war bereits in den dreißiger Jahren einer der führenden antisemitischen Ideologen in Frankreich, Korrespondent von Medien in NS-Deutschland und leitete später unter dem

Vichy-Regime ein „Dokumentationszentrum über freimaurerische Umtriebe“. Ein weiterer Zuträger von Meyssan war demnach Stéphane Jah, ein ehemaliger Militär und passionierter „Experte“ für Geheimdienste; er unterhält eine Webpage mit zahlreichen Informationen über nachrichtendienstliche Aktivitäten. Jah bestätigte den Autoren Dasquié und Guisnel, im Frühherbst des Jahres 2001 sowohl mit Ratier als auch mit Meyssan zusammengearbeitet zu haben. Und tatsächlich findet sich in Meyssans zweitem Buch zum Thema eine Liste mit Danksagungen an Personen, denen er Informationen oder Interpretationen verdanke und die er in den meisten Fällen nur mit ihren Initialien kennzeichnet. Unter ihnen befindet sich auch eine Person namens „E.R.“. Bei ihr handelt es sich, wiederum Dasquié und Guisnel zufolge, um den neofaschistischen Verschwörungsfanatiker Emmanuel Ratier. Der ehemalige Antifa-Publizist Thierry Meyssan hat diese Information nie dementiert.

C: Alain Soral, ein Schriftsteller mit Vorlieben für Pornographie, der sich selbst für einen ausgewiesenen Querdenker, Kulturkritiker und eine Art heilsamen Provokateur hält. Soral tätigt(e in der Vergangenheit) mal Anleihen bei linker oder kommunistischer Sozialkritik, dann wieder im eindeutig rechtsextremen Bereich. In jüngerer Zeit sieht er zunehmend Le Pen in einem milden Lichte, und dieser ihn umgekehrt auch. In den letzten Jahren fiel er, neben derben sexistischen Sprüchen, vor allem durch die Verteidigung der antijüdischen Tiraden Dieudonnés und durch eigene antisemitische Ausfälle auf. Im Zusammenhang mit dem Streit um Dieudonnés erste Auslassungen hatte Soral behauptet, wenn „die Juden seit 2.500 Jahren nirgendwo gelitten werden, wo immer sie hinkommen“, dann solle man sich doch mal Fragen stellen und es seien „nicht immer die Anderen schuld“ , sprich : dann trügen sie wohl selbst Schuld daran. (Vgl. http://www.com-live. net/ sujet-114428.html)

Seminare

6.-8.10.2006, Berlin
Liebe und Sexualität im Kapitalismus

3.-5.11.2006, Berlin
Kapitalismuskritik

1.-3.12.2006, Berlin
Einst real existierender Sozialismus

9-10.12.2006, Marburg
Sommer-Party in „Schwarz-Rot-Geil“

15.-17.12.2006, Hannover
Kritik des Nationalismus

26.-28.01.2007, Berlin
Karl Marx' Kritik gesellschaftlicher Herrschaft

9.-11.02.2007, Bremen
Kritik des Neoliberalismus

16.-18.02.2007, Hannover
Hirnforschung & Konstruktivismus

junge-linke.de

D: Der Vorsitzender einer Initiativereinigung von Vorstadtjugendlichen „La Banlieue s'exprime“ (ungefähr : Die Trabantenstädte ergreifen das Wort/kommen zu Wort), Ahmed Moualek. Über ihn gibt es nach bisherigem Kenntnisstand (des Verfassers dieser Zeilen) ansonsten nichts zu sagen. Es ist zumindest z. Zt. auch nicht klar, ob der Mann sich darüber bewusst war, dass er mit eindeutigen Faschisten (vgl. unter E.) zusammen unterwegs war. Möglicherweise hat ihn tatsächlich nur die Situation der Menschen im Libanon empört. Unter normalen Umständen sollte man nicht damit rechnen, dass ein junger Erwachsener mit Migrationshintergrund und Herkunft aus einer gheottisierten Trabantenstadt mit Le Pen-Anhängern gemeinsame Sache macht. Der Einfluss einer Figur wie Dieudonné bewirkt offenkundig, dass die Verwirrung so weit reicht, dass solche Trennlinien überschritten werden konnten.

E: Lionel Humbert, ein Journalist der rechtsextremen Wochenzeitung ‚Minute‘. In ihrer Ausgabe vom 13. September 2006 berichtet Humbert über drei Zeitungsseiten hinweg (Seite 6, 7 und 8) über die gemeinsame Reise dieser irren Gurkentruppe, die im Libanon unterschiedliche politische Kräfte getroffen hat, vor allem die Anhänger des christlichen Generals Michel Aoun (der von 1991 bis 2005 im französischen Exil lebte) und die Hizbollah sowie deren Fernsehsender Al-Manar TV. Darüber schreibt wiederum die Wochenzeitung ‚Minute‘ in ihrem redaktionellen Vorspann: „Wir haben ihn (Anm.: Dieudonné) gefragt, ob wir ihn begleiten dürfen. Um zu sehen. Und ohne jede Garantie über das, was wir schreiben würden. Er weiß es: Unsere Präferenz gilt anderen (Anm.: Präsidentschafts-)Kandidaten. Die ein bisschen weiter rechts stehen als er... (Anm.: ‚Minute‘ unterstützt Jean-Marie Le Pen.) Er hat akzeptiert. Unser Sonderberichterstatter ist ihm also während seiner Reise (...) gefolgt.“

Historisch war zumindest ein Teil der französischen extremen Rechten, vor dem Hintergrund der Konstellation während der Kolonialkriege (etwa des Algerienkriegs 1954/62), in außenpolitischer Hinsicht eher bzw. eindeutig pro-israelisch. Auch im libanesischen Bürgerkrieg der Jahre 1975 bis 1990 war dies noch der Fall; damals kämpften rechtsextreme französische Söldner in den Milizen der libanesischen christlichen Rechten, die in jenen Jahren mit Israel gegen die PLO-Kräfte im Libanon verbündet war. Aber dies hat sich seit 1989 und dem Ende des Kalten Krieges teilweise begonnen zu wandeln. Im Kontext des jüngsten Libanonkriegs stand der überwiegende Teil der französischen extremen Rechten auf Seiten des Libanon, da er nach wie vor als französische Einflusssphäre gilt.

Und natürlich durfte eine Zeitung der extremen Rechten eine solche wunderbare Gelegenheit nicht verstreichen lassen, um an bisher als eher „unverdächtig“ (d.h. der rechtsextremen Ideologie fern stehende) oder gar als antirassistisch/antifaschistisch geltende Figuren anzudocken und sie als Kronzeugen in eigener Sache zu präsentieren. ‚Minute‘, die seit dem französischen Algerienkrieg existiert, hat eine Auflage von ein paar Zehntausend Exemplaren wöchentlich. Ihre Auflage sank 1990/91 um ein Drittel (von damals rund 50.000 auf gut 30.000), als die bis dahin vorwiegend prokoloniale und pro-westliche Zeitung die Position Jean-Marie Le Pens in der Golfkrise (pro-Saddam Hussein) verfocht. Ende der 1990er Jahre machte die Zeitung vorübergehend Pleite, bevor sie zu Anfang dieses Jahres wieder neu erscheinen konnte.

In Beirut war die verrückte Truppe allerdings nicht die einzige Delegation, die dort unterwegs war. Bereits wesentlich früher waren auch „wirkliche“ Beobachter- und Solidaritätsdelegationen losgeflogen, deren echtes Anliegen darin bestand, über die Situation der Menschen im Libanon Zeugnisse zu sammeln und darüber zu berichten. Schon Ende Juli dieses Jahres flog etwa eine circa 60-köpfige Solidaritäts- und Beobachterdelegation aus Paris in den Libanon, die vor allem durch die französische KP, durch Grüne und andere Linke gebildet worden war. Ihr ging es keinesfalls um Antisemitismus, sondern um eine Wahrnehmung der Kriegsschäden und um die Menschen im Libanon. Eine solche Delegation, die in diesem Falle aus den USA kam, lief Dieudonné, Meyssan und Co. in Beirut über den Weg: Ihr prominentestes Mitglied war der US-amerikanische Schwarze Jesse Jackson, ein linksliberaler Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei. Ihn führten die Opposition zur offiziellen US-Außenpolitik, und damit gegen die Unterstützung der Armeeführung Israels durch die Bush-Administration im jüngsten Konflikt, in den Libanon. In den Augen Jesse Jacksons erschien Dieudonné (als „schwarzer Präsidentschaftskandidat aus Frankreich“) zweifellos als ein, irgendwie linker, Vertreter für die Minderheitenrechte in seinem Land. Deshalb ließ Jesse Jackson sich sogar mit Dieudonné und Thierry Meyssan auf einem gemeinsamen Foto ablichten, das auch in ‚Minute‘ dokumentiert ist. Sicherlich dürfte der US-Politiker nicht gewusst haben und ihm auch nachträglich nicht bewusst geworden sein, mit wem er es dabei in Wirklichkeit zu tun hatte. Aber Dieudonné und der Verschwörungsideologe Meyssan können dieses fotographisch festgehaltene Zusammentreffen nun natürlich im Nachhinein benutzen, um sich in ein „respektierlicheres“ Licht zu setzen. Ihr Problem dabei ist nur, dass sie dabei durch alle renommierten Medien bislang boykottiert werden.

Nach ihrer Rückkehr am 31. August blieb es in Frankreich vorwiegend still um die Reisetruppe. An einer Pressekonferenz, die am 1. September rund um Dieudonné abgehalten wurde und in seinem eigenen Theater stattfand, nahm sage und schreibe ein einziger Journalist teil. Und der gehört zu einer pro-israelischen Webpage. Alle größeren französischen Medien scheinen es im Moment mit der Linie zu halten: Möglichst wenig von Dieudonné und seinen Provokationen reden – umso weniger Aufmerksamkeit und Publikum er findet, umso besser ist es. Allein die Leser der rechtsextremen Presse und insbesondere von ‚Minute‘ wurden über die Reisegruppe und ihre Zusammensetzung informiert.

Bernhard Schmid, Paris ■

Ausgrenzungs- und Abschottungspolitik beenden!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Interkulturelle Rat, PRO ASYL und der Verband binationaler Familien und Partnerschaften erwarten, dass sich die Innenminister des Bundes und der Länder bei ihrem für Freitag vorgesehenen Abstimmungsgespräch endlich auf eine weitreichende Bleiberechtsregelung für langjährig in Deutschland Geduldete verständigen. Bei ihrer Ausgestaltung muss berücksichtigt werden, dass die meisten Betroffenen wegen bestehender Arbeitsverbote ihren Lebensunterhalt bisher nicht selbständig bestreiten konnten. ...

Zudem muss der Gesetzgeber durch eine Änderung von § 25 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz sicherstellen, dass Menschen in Zukunft nicht mehr mit sogenannten Kettenduldungen in Deutschland leben müssen. Gegenwärtig geschieht das genaue Gegenteil: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat gegen Zehntausende anerkannte Flüchtlinge sogenannte Widerrufsverfahren eingeleitet um ihnen den Flüchtlingsstatus wieder abzuerkennen. Die Betroffenen, darunter viele Flüchtlinge aus dem Irak, können nicht zurück in ihr Herkunftsland, weil dort auch weiterhin Chaos und kriegerische Auseinandersetzungen herrschen. Diese Praxis schafft neue Kettengeduldete und muss beendet werden.

Die Organisationen fordern vom Gesetzgeber darüber hinaus, von den ausländerrechtlichen Verschärfungen Abstand zu nehmen, die in dem aktuell beratenen Entwurf für ein 2. Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz vorgesehen sind. Besonders kritisieren sie, dass

- der Nachzug zu deutschen oder ausländischen Ehegatten künftig an den Nachweis von Deutschkenntnissen geknüpft werden soll. ... Denn der Erwerb von Sprachkenntnissen schon im Ausland ist oft nur für Gebildete und Bessergestellte in Großstädten möglich. Das Grundrecht auf Familienzusammenführung würde zu einem Vorrecht für Privilegierte.
- die allgemeinen Voraussetzungen für die Einbürgerung weiter verschärft und die für junge Erwachsene bestehenden Einbürgerungserleichterungen zurückgenommen werden sollen. ...

Presseerklärung Pro Asyl, 20.9.2006 ■

Deutschland gegen den Trend: OECD untersucht Wanderungsbewegungen

PARIS. Am 8. Juni 2006 stellte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris einen Bericht zu internationalen Migrationsbewegungen mit dem Titel „International Migration Outlook 2006“ vor.

Dem Bericht nach hat die Einwanderung in die Industrieländer in den vergangenen Jahren stark zugenommen, geht in einigen Staaten, wie beispielsweise Deutschland, jedoch deutlich zurück. Die Zahl der Asylbewerber geht seit 2000 stetig zurück (–30 %) und sank zwischen 2003 und 2004 um rund 20 %. 2004 erhielten zwischen drei und 3,5 Millionen Menschen in den 30 OECD-Staaten den Status eines Langzeitbürgers.

Die Zahl der Zuwanderer nahm 2004 insgesamt um 15 % auf 2,24 Millionen zu. Besonders deutlich war der Anstieg in den USA (+34 % auf 946.100), gefolgt von Italien (+28 % auf 156.400) und Großbritannien (+24 % auf 266.500).

Die Zahl der Einwanderer nach Deutschland sank jedoch deutlich um 15 % auf 202.300. Das war nominal der größte Rückgang aller OECD-Staaten. Prozentual verzeichnete lediglich Neuseeland einen ähnlichen Rückgang (–14 %). Nur Finnland erlebte einen noch größeren Rückgang um 25 % auf 5.600.

Die Zahl der Asylanträge blieb in einigen wenigen Staaten, wie beispielsweise Österreich, Norwegen, Schweden oder der Schweiz stabil. Nominell hatte Frankreich die meisten Asylanträge zu verzeichnen, während der stärkste Rückgang zwischen 2000 und 2004 in Australien, Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien zu verzeichnen war. Auffällig gestiegen sind die Zahlen der ausländischen Studierenden in Neuseeland, Japan, Australien, Frankreich und Deutschland.

Die OECD stellt fest, dass Einwanderer einen wachsenden Anteil an der Erwerbsbevölkerung der OECD-Staaten darstellen, wenn auch der Umfang noch sehr variiert: Während es sich in Japan lediglich um 1,5 % der Erwerbsbevölkerung handelt, sind es in Deutschland rund 12 %. In der Schweiz und Australien jedoch rund 25 %.

Eine detaillierte Analyse der Situation von Migranten auf dem Arbeitsmarkt zeigt eine verstärkte Arbeit im Dienstleistungssektor und eine Zunahme der Selbstständigkeit – dies besonders in Belgien und Großbritannien.

Quelle: migration@dgb-bildungswerk

Deutsche Beamte haben italienische Behörden auf Lampedusa beraten

BERLIN. Zwei deutsche Beamte sind im August auf die italienische Insel Lampedusa entsandt worden, um die dortigen Behörden bei der Identifikation gelandeter afrikanischer Flüchtlinge zu beraten. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/2588) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/2486). Schwerpunkte der Beratung seien die Bestimmung der Herkunftsländer und die Befragung der illegalen Migranten gewesen.

Laut Regierung unterstanden die Polizisten dem deutschen Innenministerium, hatten keine Waffen dabei und seien ohne hoheitliche Befugnisse tätig gewesen. Weiter heißt es, Deutschland plane keine humanitäre Hilfe in diesem Bereich. Italien sei gewillt und in der Lage, die Situation allein zu bewältigen. Humanitäre Hilfe werde nur dort geleistet, wo dies nicht der Fall sei.

Im Übrigen habe Deutschland der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zwei Hubschrauber und Expertenhilfe beim Schutz der europäischen Außengrenzen angeboten. Außerdem gebe es Berichte von Beamten der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes aus ver- →

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.): Massenmedien, Migration und Integration
Die 2., korrigierte und aktualisierte Auflage ist jetzt erschienen: Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2006, 262 Seiten, ISBN-Nr. 3-531-35047-1, Ladenverkaufspreis: 19,90 EUR
Bestellungen entweder über den Buchhandel oder über den Verlag: Frau Schunath, VS – Verlag für Sozialwissenschaften, Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Tel.-Nr.: 0611/7878-245; Fax: 0611/7878-99; e-Mail: petra.schunath@gwv-fachverlage.de

schiedenen EU-Grenzländern über die Entwicklung der illegalen Migration.

Quelle: Büro JRS stefan.kessler@jrs.net - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

Stammtisch-Gerede falsch: Jeder Migrant zahlt mehr an den Staat als er erhält

BONN. Die sieben Millionen Ausländer in Deutschland stützen den Sozialstaat. Im Durchschnitt zahlen sie nach einer neuen Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) für das Wirtschaftsmagazin ‚Capital' pro Kopf 1.840 Euro mehr Steuern und Beiträge an die öffentlichen Kassen, als sie an Transferleistungen erhalten. Für die Untersuchung haben die Bonner Wissenschaftler die neuesten verfügbaren Daten des sozio-ökonomischen Panels herangezogen.

Laut ‚Capital' zahlte jeder Ausländer im Jahr 2004 durchschnittlich 7.390 Euro an den Staat und erhielt öffentliche Leistungen in Höhe von 5.550 Euro. „Das Stammtisch-Gerede, dass Ausländer auf Kosten der Bundesbürger die Sozialsysteme ausplündern, ist blanker Unsinn", resümiert IZA-Forscher Holger Bonin gegenüber ‚Capital'. Die Studie zeigt allerdings auch, dass die Deutschen mit 2.750 Euro pro Kopf und Jahr unter dem Strich noch mehr in die staatlichen Kassen zahlen als die Migranten. Die Differenz von gut 900 Euro kommt überwiegend dadurch zustande, dass Ausländer weniger verdienen und häufiger arbeitslos sind. Bei Rentnern und Jugendlichen ergeben sich hingegen nur sehr geringe Unterschiede in der Bilanz.

Auch auf lange Sicht betrachtet, profitiert der Sozialstaat laut ‚Capital' von den Migranten. Nach den IZA-Berechnungen wird jeder heute hier wohnende Ausländer im Laufe des Lebens durchschnittlich 11.000 Euro mehr an den Staat zahlen, als er bekommt. Zusammengerechnet ergibt sich daraus ein Betrag von 82 Milliarden Euro - unter der Annahme, dass die Wirtschaft langsam, aber stetig wächst und sich an den politischen Rahmenbedingungen nichts ändert. „In der Realität dürfte das Resultat noch besser ausfallen", sagte Bonin gegenüber ‚Capital'. „Denn angesichts der miserablen Staatsfinanzen wird die Politik in Zukunft mehr Steuern kassieren und weniger Transfers bezahlen."

Quelle: news aktuell - Presseportal vom 24.09.2006 – Nds. Flüchtlingsrat ■

„Berlin braucht Dich!" Migranten und Migrantinnen im öffentlichen Dienst

BERLIN. Fast jeder siebte Berliner ist ausländischer Staatsbürger. Nach Schätzungen haben rund 40 Prozent der unter 18-jährigen BerlinerInnen einen Migrationshintergrund. Das spiegelt sich jedoch im öffentlichen Dienst kaum wieder. Die Informationskampagne „Berlin braucht dich!" soll das ändern.

„Wir versuchen, so viele Jugendliche wie möglich über die Ausbildungsberufe in diesem Bereich zu informieren und sie zu einer Bewerbung zu motivieren", so Eva Habig, Ansprechpartnerin der Kampagne, die im Mai 2006 an den Start gegangen ist.

Die Botschaft richtet sich direkt an Jugendliche mit Migrationshintergrund und verdeutlicht, dass das Land Berlin ihnen mit ihren sprachlichen und kulturellen Kompetenzen einen Platz bieten möchte. „Wir haben einen Flyer in 5 unterschiedlichen Sprachen entwickelt", erzählt Habig. „So genannte „Promotionteams" besuchen Schüler und Schülerinnen der 9. Klassen im berufsvorbereitenden Unterricht und informieren über die Ausbildungsmöglichkeiten. Neben einem Workshop für Multiplikatoren werden Informationsveranstaltungen für Eltern in verschiedenen Sprachen durchgeführt."

Zwar sieht Eva Habig vor allem bei Polizei und Feuerwehr noch Handlungsbedarf, doch erste Erfolge zeigen sich schon. „Unser Ziel ist es, in den nächsten 10 Jahren den Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit Migrationshintergrund an den Bevölkerungsanteil der Stadt Berlin anzupassen", so Habig.

Die Kampagne „Berlin braucht dich!" ist eine Initiative des Beauftragten für Integration und Migration des Landes Berlin und wird vom Beruflichen Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Berlin (BQN-Berlin) koordiniert. Der Anlass: Noch immer gibt es viel zu wenige Auszubildende und Beschäftigte im Öffentlichen Dienst Berlins, deren Eltern oder Großeltern aus dem Ausland hierher gekommen sind oder die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen.

Die Studie „Vorbereitung auf Einstellungstests" führt dies darauf zurück, dass den Jugendlichen, ihren Eltern und Lehrern ausführliche Informationen über die Ausbildungsmöglichkeiten im Öffentlichen Dienst fehlen. Die Kampagne „Berlin braucht dich!" soll dies ändern. Denn Berlin ist auf die sprachlichen und kulturellen Fähigkeiten der Jugendlichen angewiesen. Und die Jugendlichen steigern mit der Ausbildung ihre Chancen für eine erfolgreiche berufliche Zukunft in Berlin. *Quelle: „Aktiv + Gleichberechtigt September 2006" migration@dgb-bildungswerk* ■

Schünemann stellt Härtefallkommission vor

HANNOVER. Innenminister Uwe Schünemann hat die Mitglieder der Härtefallkommission in Niedersachsen vorgestellt. 18 Personen (davon neun Stellvertreter) wurden am 05.09.2006 in das Gremium berufen und erhielten in Hannover vom Innenminister eine Urkunde. Die Kommission wird auf der Grundlage des § 23a des Aufenthaltsgesetzes in Verbindung mit der Verordnung über die Härtefallkommission in Niedersachsen (NHärteKVO) eingerichtet. Aufgabe der Kommission ist es, über Eingaben von vollziehbar ausreisepflichtigen ausländischen Staatsangehörigen zu beraten, die dringende humanitäre oder persönliche Gründe für einen weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet geltend machen. Kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass ein Härtefall vorliegt, richtet sie ein entsprechendes Ersuchen an das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport. In diesem Fall kann auch entgegen der gesetzlich festgelegten Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Das Gremium wird mit der ersten Sitzung, voraussichtlich am 26. September 2006, seine Arbeit aufnehmen. Von den 18 Mitgliedern der Härtefallkommission (davon neun Stellvertreter), wurden zehn auf Vorschlag der Kirchen, Kommunalen Spitzenverbände und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände berufen; für jeweils zwei Mitglieder hat sich Innenminister Schünemann nach Vorschlägen aus den Reihen der Wirtschaft und der Gewerkschaften entschieden. Die Amtszeit der Mitglieder entspricht der Laufzeit der Verordnung, die am 31.12.2009 außer Kraft tritt.

In Presseerklärungen zur Einrichtung der Härtefallkommission haben sich der Niedersächsische Flüchtlingsrat und Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in NDS kritisch geäußert. So führt der Nds. Flüchtlingsrat u.a. aus: „Aus Sicht des Flüchtlingsrats Niedersachsen gehen diese Vorschläge nicht weit genug und lassen viele Fragen offen:

1. „Wir lehnen den Vorschlag ab, nur Familien mit schulpflichtigen Kindern in eine Bleiberechtsregelung einzubeziehen. Sind Eltern nicht integrationswürdig, weil ihre Kinder erwachsen geworden sind, oder weil sie keine eigenen Kinder bekommen wollten oder bekommen konnten?

2. Die von Innenminister Schünemann vorgeschlagene Trennung der hier aufgewachsenen Jugendlichen von ihren Eltern ist hochproblematisch, da Jugendliche auf Unterstützung und Beistand durch ihre Eltern angewiesen sind. Die Weigerung der Eltern, nach jahrelangen oder gar jahrzehntelangem Aufenthalt in ihre oft von Krieg und Bürgerkrieg verwüsteten Herkunftsländer zurückzukehren, ist angesichts der hier erreichten Integration mehr als verständlich und geschieht im wohl-verstandenen Interesse auch der Kinder, die oftmals das Land

gar nicht kennen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Dieses Verhalten der Eltern ist nicht ehrenrührig und darf nicht mit Abschiebung „bestraft“ werden.

3. Es widerspricht dem Sozialstaatsprinzip, diejenigen Flüchtlinge auszuschließen, die aufgrund ihrer besonderen Lebenslage ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit finanzieren können. Zu denken ist hier vor allem an Kriegsopfer und Traumatisierte, Alte, Kranke und Behinderte.

4. Es ist aus rechtlicher Sicht unsinnig, den bislang vom Arbeitsmarkt weitgehend ausgeschlossenen Flüchtlingen lediglich die Duldung um ein halbes Jahr zu verlängern und an den Bundesarbeitsminister zu appellieren, die Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme zu „lockern“. Eine erfolgreiche Arbeitsaufnahme kann nur über die Erteilung einer zunächst befristeten Aufenthaltserlaubnis führen. Nur diese sichert den Betroffenen den uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.

5. Der Grundsatz „fördern und fordern“ muss auch für Flüchtlinge gelten: Angesichts der aktiven Ausgrenzungspolitik in den letzten Jahren gegenüber geduldeten Flüchtlingen bedarf es nachholender Integrationsprogramme, vor allem in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung. Hier muss das Land Niedersachsen die von ihr gestalteten Programme sinnvoll nutzen und auf diesen Bedarf abstimmen.“

Die Arbeitsgemeinschaft (AMFN) führt aus : „Mit dieser Verordnung haben wir in Niedersachsen wieder eine „Alibikommission“.Habib Eslami der Geschäftsführer von AMFN begrüßt zwar die Einrichtung einer Härtefallkommission in Niedersachsen, aber er macht sich keine große Hoffnung:

„Die Kommission besteht mehrheitlich aus Personen, die keine direkte Erfahrung mit der Migrations- und Flüchtlingsarbeit haben. Die Migrationsverbände und die Selbstorganisationen haben im Vorfeld der Einberufung der Härtefallkommission gefordert, als Vertreter in der Kommission mitzuarbeiten, um ihre Fachkenntnisse und ihre Erfahrungen in der Arbeit und in der Entscheidungsfindung der Härtefallkommission einfließen zu lassen.“

AMFN fordert die Landesregierung auf, die Härtefallverordnung umgehend zu verbessern und insbesondere von inhumanen Ausschlussgründen Abstand zu nehmen und gleichzeitig empfehlen wir den Mitgliedern der Kommission die Öffentlichkeit über die Arbeit der Kommission und deren Erfolge bzw. Misserfolge zu informieren.“

PM Nds. Ministerium für Inneres und Sport v. 5.9.2006, Nds. Flüchtlingsrat, Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in NDS 6.9.2006 ■

„Spurensuche“

Abschlussfeier und Filmpremiere „Purane Korakori“ am Sonntag 24.9. im Filmhaus

Köln. Über ein Jahr lang machten sich 20 KölnerInnen unterschiedlicher Herkunft auf die Spurensuche nach gemeinsamer Geschichte und Gegenwart. Jetzt fand die Abschlussveranstaltung dazu statt.

„Wir sind in der Gruppe montags abgefahren, Türken, Armenier, Kurden, Russen, Deutsche und wir hatten eine große Distanz zueinander. Wir sind nach sechs Tagen zurückgekommen und waren Menschen, die ein großes Verständnis füreinander entwickelt hatten und eine große Wärme verspürten – ich muss sagen, auch versprühten.“ Das erste war die Aussage einer jugendlichen Teilnehmerin in ihrem Bericht von der letzten Berlinfahrt des Projekts „Spurensuche“. Zu „versprühten“ muss ich sagen, bisher war es mir nur bei wenigen Gelegenheiten vergönnt, so intensiv menschliche Wärme zu spüren wie auf der gesamten Abschlussfeier zu „Spurensuche“, eingeschlossen der Uraufführung des Films „Purane Korakori“.

So schaffte es Klaus Jünschke bei seiner Vorstellung des Kölner Appells mit nur einem Beispiel klar zu machen, wie groß die Distanz von mitfühlender menschlicher Herangehensweise zur „Wertordnung“ großer bundesdeutscher Politik ist: Es wird ein türkischer Jugendlicher wegen Beihilfe an einem bewaffneten Raubüberfall verurteilt, weil er einem Freund eine Gaspistole gegeben hat, mit der dieser einen Kiosk überfallen hat – und er, der noch nie in der Türkei gelebt hat, ist von Abschiebung bedroht. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den größten waffenexportierenden Staaten der Welt. Nie ist ein Waffenhändler verurteilt worden, weil er Waffen zu Völkermord und Krieg weitergegeben hat. Diese wirtschaftlichen Interessen muss man sich vergegenwärtigen, so Klaus Jünschke, um mit der antirassistischen Arbeit nicht in der Folklore zu landen. Die Völkermorde, die Gegenstand des Projektes Erinnerungsarbeit des Kölner Appell waren, sind nicht aus mangelnder Toleranz entstanden. Diversity management und Toleranz predigen die, die vom Kapitalismus schweigen.

Die Moderatorin selbst berichtet, wie der Rom e.V. sie vor Abschiebung in eine wahre Hölle bewahrte und wie ihr die Freundschaft und Unterstützung der Gruppe zu einem glücklichen Hier-Sein mit ihrer Familie verholfen haben.

Auch der Film beginnt mit einer bewegenden Szene, wie die nach Auschwitz mitreisenden Roma ihre Pässe hochhalten und jeder sagt, wie sehr sie sich wünschen würden, so einen Pass zu besitzen. Dass sie durch ihn ihren Lebensunterhalt verdienen könnten, dass sie nicht immer in Angst vor Abschiebung leben müssten, dass behördliche Vorgänge endlich mal „normal“ abliefen, aber leider sei er beschränkt auf die Reise und muss nachher wieder zurückgegeben werden – und wie glücklich sie trotzdem sind, dass sie endlich einmal „normal“ in ein anderes Land reisen können.

Projektleiter Dogan Akhanli ließ uns an der Widersprüchlichkeit seiner Empfindungen teilnehmen, wenn er von Deutschland als einem Land spricht, dass ihn anlässlich seines Auschwitz-Besuches spüren ließ, welche unvorstellbaren Verbrechen von diesem Land ausgegangen sind; gleichzeitig hat dieses Land, aus dem Flüchtlinge mit zynischen Begründungen abgeschoben werden, ihn als Flüchtling aufgenommen; kann er, der erst in einem Asylbewerberheim gelandet ist, heute solche Projekte leiten.

Fast programmatisch sagte eine Rednerin: „Es wurde kürzlich festgestellt, die ganze Welt braucht eine interkulturelle Therapie. Unser Projekt versteht sich jedenfalls als ein Teil davon.“

Eine Stadt könnte stolz sein auf solche Gruppen. Und wenn keiner der eingeladenen Pressevertreter im Filmhaus auf dieser von über 100 Menschen besuchten Feier und Filmpremiere anwesend war, sagt das wenig aus über die Veranstalter, aber viel über diese Gesellschaft und ihre Presse. Das änderte nichts daran, dass Aktive und Gäste die Feier mit Musik und einem köstlichen Büffet in bester Stimmung ausklingen ließen. *pb* ■

mehr Infos über: www.romev.de
www.koelnerappell.de

Süd-Nord-Wanderung keineswegs dominierend: Bericht der Vereinten Nationen zur internationalen Migration

Rund 190 Millionen Menschen – beziehungsweise drei Prozent der Weltbevölkerung – leben nicht in ihren Heimatländern. 115 Millionen Migrantinnen und Migranten leben in Industrieländern und 75 Millionen in Entwicklungsländern.

So UN-Generalsekretär Kofi Annan Anfang Juni dieses Jahres bei der Vorstellung des UN-Berichts über internationale Migration und Entwicklung in New York.

Dabei sind die Wanderungsbewegungen zwischen Entwicklungsländern beinahe ebenso umfangreich wie zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Jedoch steigt der Wanderungsumfang in die Industrieländer stärker als im Rest der Welt. Rund ein Drittel aller Migranten lebten im Jahr 2005 in Europa.

In diesem Rahmen schlug Annan ein ständiges Forum für Regierungen vor, in dem sie ihre Ansätze zum Thema Migration untersuchen und vergleichen könnten. Das Ziel eines solchen Regierungsberatungsforums seien nicht zu verhandelnde Ergebnisse oder Empfehlungen, betonte Annan. Vielmehr wolle man neue Ideen und Strategien besser bekannt machen, bereits existierende regionale Beratungen aufwerten und eine integrative Herangehensweise an Migration und Entwicklung sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene fördern.

Im Bericht heißt es, dass Migrantinnen und Migranten nicht nur notwendige und für die einheimische Bevölkerung oftmals unattraktive Jobs übernähmen, sie trügen auch zur Steigerung der Nachfrage und der allgemeinen Wirtschaftsleistung bei. Entwicklungsländer profitieren im Gegenzug von schätzungsweise rund 167 Milliarden US-Dollar, die jedes Jahr von Wanderarbeitnehmern in ihre Herkunftsländer geschickt würden – was den so genannten „Brain Drain“ ein wenig ausgleiche.

Ein Drittel aller derzeit weltweit stattfindenden Wanderungsbewegungen verläuft von einem Entwicklungsland in ein anderes, während ungefähr dieselbe Anzahl von Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern in entwickelte Länder wandert. Solche Daten relativieren die Behauptung einer überhand nehmenden Süd- Nord-Wanderung.

Gleichwohl zu erkennen ist, dass die Migration in Länder mit hohem Durchschnittseinkommen – eine Kategorie zu der auch einige Entwicklungsländer wie beispielsweise Singapur, Saudi-Arabien oder die Republik Korea zählen – im Vergleich zur restlichen Welt sehr viel schneller ansteigt.

Quelle: Publikation „Forum Migration September 2006“. Weitere Informationen sind erhältlich auf der Internetseite: www.unis.unvienna.org/unis/de/pressrels/2006/unisinf149.html ■

Rassismus vor Gericht – Erstmals Beschwerde bei UNO über Bundesrepublik

POTSDAM. Der Zentralrat deutscher Sinti und Roma hat beim UN-Komitee zur Beseitigung von Rassismus (CERD) in Genf Beschwerde aufgrund von Entscheidungen der brandenburgischen Justiz eingelegt. Wie der Zentralrat heute mitteilte, ist dies die erste Beschwerde gegen Deutschland gemäß Artikel 14 der „Internationalen Konvention zur Beseitigung von rassistischer Diskriminierung“.

Anlass der Beschwerde ist die Hetze eines bayerischen Kriminalpolizisten gegen Sinti und Roma und die Einstellung der Ermittlungen gegen den Polizisten durch das Oberlandesgericht Brandenburg. Der Fürther Kriminalpolizist Peter Lehrieder hatte Sinti und Roma in der Zeitschrift „der kriminalist“ als „Maden im Speck der bundesrepublikanischen Wohlfahrtsgesellschaft“ beschrieben, die sich „die Legitimation für Diebstahl, Betrug und Sozialschmarotzerei ohne jedes schlechte Gewissen aus dem Umstand der Verfolgung im 3. Reich“ nähmen.

Lehrieder war vom bayerischen Innenministerium versetzt worden, konnte aber weiter seinen Dienst ausüben. Derzeit ist er immer noch stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (bdk), wie aus dessen Webseiten hervorgeht.

Das OLG Brandenburg hatte Lehrieders Hetze als nicht volksverhetzend und von der Meinungsfreiheit gedeckt beurteilt. Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck verurteilte in einem Gespräch mit Romani Rose, dem Vorsitzenden des Zentralrats, die Äußerungen des Kriminalbeamten als „verabscheuungswürdig“, sie gehörten „von Gesellschaft und Politik scharf verurteilt“. Platzeck kündigte an, sich erneut für die Verschärfung der Gesetze bei Gewaltstraftaten mit rassistischem Hintergrund einzusetzen.

Der Zentralrat schlug zwei konkrete gesetzliche Maßnahmen vor. Zum einen soll ein brandenburgischer Gesetzesvorschlag aus dem Jahre 2000 aktualisiert werden, den das Land Brandenburg wegen der Ablehnung anderer Bundesländer zurückgezogen hatte. Mit der Gesetzesinitiative soll die verbesserte Verfolgung von schweren rassistisch motivierten Gewalttaten als „Verbrechen“ und mit besonderen „Haftgründen“ ermöglicht werden. Vorbild ist für den Zentralrat die US-amerikanische „hate crime“-Gesetzgebung, durch die Verbrechen mit rassistisch motiviertem Hintergrund stärker bestraft werden als vergleichbare Verbrechen mit anderen Motiven Zum andern fordert der Zentralrat ein Diskriminierungsverbot bei der Berichterstattung über Beschuldigte einer Straftat. Behörden sollen auf die Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen oder sexuellen Minderheit oder auf deren Hautfarbe nur dann hinweisen dürfen, wenn für das Verständnis des berichteten Tathergangs ein zwingender Sachbezug besteht.

Das vom Zentralrat angerufene UN-Komitee kann einem Staat Maßnahmen auch gesetzlicher Art empfehlen, wenn eine Beschwerde als berechtigt anerkannt wird.

Quelle: redok - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org, 29.08.2006 ■

Schon wieder eine Sammelabschiebung

HAMBURG. Wie schon befürchtet, fand in der Nacht zu 19.9. ab Fuhlsbüttel ein weiterer Sammelabschiebeflug nach Afrika (Togo, Be-nin, Guinea) statt. Für Togo besteht in Mecklenburg-Vorpommern noch ein Abschiebestopp. Guinea-Abschiebungen sind nur möglich aufgrund der „Arbeit“ einer dubiosen, korrupten Delegation, die in Hamburg und Dortmund Hunderte von AfrikanerInnen verhörte und ihnen ohne Beteiligung der Botschaft Abschiebepapiere ausstellte. Laut Presse waren sechs europäische Länder (D, NL, F, Malta, A und CH) an der Abschiebung beteiligt. Hamburg bietet damit mindestens zum vierten Mal anderen Ländern seine „Dienstleistungen“ bei einer brutalen, menschenrechtswidrigen Abschiebepolitik an. Außer von der togoischen Familie aus Hessen, die getrennt abgeschoben wurde, wissen wir von Guineern aus Hamburg, die aus der Abschiebehaft geholt wurden (die Polizei holte ihre Sachen aus der Unterkunft).

Das Café Exil weiß von mindestens zwei in den letzten Tagen festgenommenen Beninern. Ein Anwalt vermisst seine 17-jährige schwangere Mandantin aus Togo, die angeblich heute abgeschoben werden wollte. Die 17-Jährige ist, wie sich herausstellte, in Hamburg – in Abschiebehaft!

Ein Artikel im Hamburger Abendblatt, der auf den ersten Blick gar nicht als Artikel zur Flüchtlingspolitik zu erkennen ist, setzte mit seiner Hetze gegen angebliche „Kriminelle“, die abgeschoben wurden, der geheimen Nacht- und Nebelaktion die Krone auf. Flüchtlinge soll

es nach der Hamburger Politik in dieser Stadt nicht mehr geben – und wo sie landen (ob in Diktaturen, Bürgerkriegen oder korrupten Diktaturen, in Haft oder im Tod) ist den Behörden hier egal. Eine solche Politik kann nur noch als eiskalte Menschen-feindlichkeit bezeichnet werden. *Flüchtlingsrat Hamburg, 19.9.* ■

Landkreis Peine will 16-Jährigen allein in die Türkei abschieben

NIEDERSACHSEN. Die Ausländerbehörde des Landkreis Peine hat die Einleitung der Abschiebung des 16-jährigen Jugendlichen Masum Aydenis angekündigt: Das minderjährige Kind soll den Vorstellungen der Ausländerbehörde zufolge ohne seine Mutter in die Türkei geschickt werden. Der Landkreis Peine verstößt mit diesem Vorgehen offen gegen das Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz – KICK, das Haager Minderjährigenschutzabkommen und die Kinderrechtskonvention sowie die europäische Aufnahme-Richtlinie. Danach wäre der Landkreis Peine verpflichtet, das Wohl des Kindes ins Zentrum der behördlichen Anstrengungen zu stellen. Auch ein Erlass des Innenministeriums verpflichtet die Ausländerbehörde, bei Minderjährigen eine Aufnahme und Betreuung in jedem Einzelfall sicherzustellen. Was für den Jungen gut wäre, scheint die Ausländerbehörde jedoch nicht zu interessieren. Das Jugendamt wurde von der beabsichtigten Abschiebung nicht einmal unterrichtet. Wie eine Ware, die man nach belieben hin- und herschicken kann, will der Landkreis den Jungen in die Türkei verfrachten, wo er sich selbst zu seinem Vater durchschlagen soll.

Mahsum Aydeniz floh Mitte des Jahres 2002 ebenso wie seine Mutter und seine Geschwister aus der Türkei nach Deutschland. Die Eltern sind geschieden, der Aufenthalt des Kindesvater ist nicht bekannt. Zwar wurden die Asylanträge der Familie abgelehnt, aufgrund vorliegender Atteste über eine schwere Traumatisierung infolge staatlicher Repressionen gilt die Mutter jedoch als reiseunfähig und wird seit Jahren mit ihren Kindern geduldet.

Mit Schreiben vom 7. Juli 2006 teilte die Ausländerbehörde dem „sehr verehrten Herrn Aydeniz“ mit: „Ich habe Ihre Abschiebung nach §60a AufenthG bisher ausgesetzt (Duldung), da ein Vollzug der Abschiebung aufgrund Ihres Alters bislang nicht erfolgen konnte. Ihr Alter ist nunmehr kein Hindernis mehr, eine Abschiebung durchzuführen. Ich kündige Ihnen daher ... die Abschiebung in Ihr Herkunftsland Türkei an. Sie wird frühestens einen Monat, von dieser Ankündigung an gerechnet, vollzogen werden.“

Dieses Schreiben war schon deshalb rechtswidrig und ungeheuerlich, weil es sich an den 16-jährigen Sohn richtete und die sorgeberechtigte Mutter schlicht überging, der natürlich auch das Aufenthaltsbestimmungsrecht für ihren minderjährigen Sohn zukommt. Auf die zaghafte Bitte des Jungen, seinen Aufenthalt doch wenigstens zu dulden, bis er 18 Jahre alt ist, legte die Ausländerbehörde noch nach. Die Abschiebung sei, so heißt es in dem ablehnenden Bescheid der Ausländerbehörde vom 10.8.2006, „geeignet, erforderlich und angemessen“ und verstoße „nicht gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“. Der Vater und zwei Brüder lebten in der Türkei, Masum bleibe daher „ausreichend Zeit, Kontakt mit den in der Türkei lebenden Verwandten aufzunehmen“.

Der Flüchtlingsrat hat sich gestern an das niedersächsische Innenministerium gewandt und darum gebeten, dass das Land im Rahmen der Fachaufsicht tätig wird und dem rechtswidrigen Treiben der Peiner Ausländerbehörde umgehend

Presseerklärung Nds. Flüchtlingsrat 8.9.2006 ■

Die Geburtstagsfeier unter dem Motto „Von der Zukunft des Antifaschismus“ findet am 28. Oktober 2006 um 13 Uhr im Savoy Theater in Düsseldorf, Graf Adolf Straße 47 statt.

Am 26. Oktober 1946 wurde im „Neuen Theater in Düsseldorf von 500 Delegierten der NS-Verfolgten und Angehörigen des Widerstandes der VVN-Landesverband Nordrhein-Westfalen gegründet. Seit 60 Jahren führt der Landesverband NRW den Kampf gegen Alt- und Neofaschisten, für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung. Seine antifaschistischen und anti-militaristischen Aktivitäten sind Bestandteil der politischen Kultur unseres Landes geworden. Wir feiern den 60. Geburtstag der VVN-BdA NRW mit allen unseren Freundinnen und Freunden.

Podiumsdiskussion mit Jupp Angenfort, ehem. Nationalkomitee Freies Deutschland, Landessprecher VVN-BdA NRW ● Hans Coppi, Hinterbliebener der „Roten Kapelle“, Historiker, Vorsitzender VVN-BdA Berlin ● Henny Dreifuss, ehem. Résistance-Kämpferin ● Prof. Dr. Arno Klönne, Soziologe, Mitherausgeber von „Ossietzky“ ● Gerhard Leo, Publizist, ehem. Résistance-Kämpfer ● Dr. Ulrich Schneider, Historiker, Generalsekretär der FIR ● sowie Jugend-, Studenten- und SchülervertreterInnen. Kulturprogramm: Frank Baier, Rolly Brings und Freunde, Andreas Weißert.

Eintritt 10,- Euro, ermäßigt (für Schüler, Studenten und Arbeitslose) 5,- Euro. Der Eintrittspreis ist als Förderbeitrag für die Arbeit der VVN-BdA NRW zu verstehen.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

FPÖ wieder im Aufschwung

Junge Freiheit, 40/06, 29.9.2006

Unmittelbar vor den Wahlen in Österreich veröffentlichte die rechtsextreme Junge Freiheit ein Interview mit dem Chef der FPÖ, Heinz-Christian Strache.

Auf die Frage des Blattes, dass 2009 die Europawahlen anstehen und dass die Grünen und die Linke bereits EU-Allianzen „geschmiedet" hätten und wie die FPÖ denn zur „erfolgreichen" NPD stehen würde, ob das nicht ein „potenzieller Europapartner" sei, antwortet Strache: „Die NPD ist für die FPÖ weder ein potenzieller Europa- noch sonstiger Partner."

Die Junge Freiheit fragt weiter: „Die FPÖ Kärnten hat vorgeschlagen, jeder Schwangeren, die sich gegen eine Abtreibung und für ihr Kind entscheidet, 15.000 Euro Prämie zu zahlen ..." Dazu Strache: „Dieses Modell unserer Kärtner Freunde muss natürlich noch durchgerechnet werden. Die FPÖ befürwortet aber prinzipiell alle Maßnahmen, die ‚Ja zum Leben' sagen. Allerdings muss die Entscheidung den betroffenen Frauen überlassen werden. Tendenzen, einen Schwangerschaftsabbruch wieder unter Strafe zu stellen, erteile ich eine klare Absage."

Strache argumentiert schon geschickt und dann doch wieder populistisch. Von einer „Wiedervereinigung" mit der BZÖ und Jörg Haider will er nichts wissen:

„Ich bezeichne es allerdings als sehr schade, dass Haider sein gesamtes Werk, das er von 1986 bis 2000 für die FPÖ vollbracht hat, zugrunde richtete. Was bleiben wird, ist sicher, dass Haider die politische Landschaft Österreichs entscheidend mitgeprägt hat. Inzwischen jedoch hat er sich in die politische Bedeutungslosigkeit verabschiedet, da niemand seine ständigen Meinungswechsel mehr ernst nimmt."

Deutschlandlied und Fahne

Junge Freiheit, 40/06, 29.9.2006

Prof. Dr. Thomas Bartagtzky, Ethnologe an der Universität Bayreuth, erhält eine ganze Seite Platz, um zu erläutern, warum Jürgen Habermas unrecht hat. Habermas hatte auf die Debatten um Nation und „Leitkultur" die rationale Unterstützung der politischen Grundordnung eingefordert – und den Begriff „Verfassungspatriotismus" eingebracht. Dem hält Bargatzky entgegen, das Konzept sei „blutleer" und zur „Identitätsstiftung für ein Gemeinwesen" ungeeignet.

„Wir brauchen wieder einen ganz normalen Patriotismus, wie er er auch in anderen Ländern üblich ist." Zur Förderung dieses „normalen Patriotismus" schlägt er dann „das Hissen der Flagge auf dem Schulhof und das gemeinsame Absingen der Dritten Strophe des Deutschlandliedes durch Lehrer und Schüler" vor – denn „Patriotismus ist dagegen nicht nur eine Sache der Vernunft, sondern auch des Gefühls."

Und das Gefühl kommt dann in Fahne und Hymne zum Ausdruck – eine wirklich gefühlskalte Vorstellung. Bargatzky vertritt allerdings – abweichend von den meisten Beiträgen im Blatt – die Auffassung, dieser Patriotismus könne „die Bürger eines Staates, gleich welcher Herkunft und welchen ‚Migrationshintergrundes', im Bewusstsein und im Gefühl zu einer Nation zusammenzuführen."

Täter betrachten sich als Opfer

Junge Freiheit, 39/06, 22.9.2006

Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundesverbandes der Vertriebenen und Bundestagsabgeordnete der CDU, hat im Deutschlandfunk erklärt: „Ohne Hitler, ohne den Nationalsozialismus hätten all die Wünsche, Deutsche zu vertreiben, die es in der Tschechoslowakei schon davor gegeben hat, die es in Polen schon davor gegeben hat, niemals umgesetzt werden können. Hitler hat die Tore aufgestoßen, durch die andere gegangen sind, um zu sagen, jetzt ist die Gelegenheit, die packen wir am Schopfe."

Historisch ist diese Äußerung durch nichts zu belegen, politisch leugnet sie die Verbrechen des Deutschen Reiches in Osteuropa. Das Blatt nimmt die öffentliche Kritik an Steinbachs Äußerung zum Anlass, um aus seiner Sicht zu belegen, dass „der erste völkerrechtswidrige Übergriff im Zweiten Weltkrieg großen Ausmaßes" nicht etwa der Überfall des Deutschen Reiches auf Polen war – sondern angebliche Massaker, die in Polen an dort lebenden Deutschen begangen wurden.

Diese Massaker seien im September 1939 – also nach Beginn des Krieges – verübt worden unter den „konstruierten" Vorwürfen der „Spionage, Beschießung, Sabotage". In ihnen seien zwar keine 58.000, wie von den Nazis behauptet, sondern ca. 5800 Deutsche umgekommen. Diese waren vorwiegend Männer, wie der Autor berichtet. Die Massaker seien dokumentiert durch den „volksdeutschen Historiker Kurt Lück", der „bei Kriegsausbruch wie andere deutsche Intellektuelle von den Polen verschleppt" werden sollte, der aber fliehen konnte „und sich bis zum Einmarsch der deutschen Truppen verborgen halten" konnte. Konstruierte Vorwürfe?

jöd, uld ■

Schuldspruch gegen Irving rechtskräftig

Nationalzeitung Nr. 38,
5. September 2006

Wie die Nationalzeitung Nr. 38 vom 15.9.06 berichtet, ist der Schuldspruch des Wiener Straflandgerichts gegen den britischen Historiker David Irving jetzt rechtskräftig. Irving war im Februar wegen Holocaustleugnung zu 3 Jahren Haft verurteilt worden. Eine von Irving gegen den Schuldspruch erhobene Nichtigkeitsbeschwerde hat der Oberste Gerichtshof in Wien verworfen. Irving sitzt zur Zeit in der Justizanstalt Wien-Josefstadt ein.

Die NaZe nimmt die Verurteilung Irvings zum Anlass, sich mit dem österreichischen „Verbotsgesetz" zu beschäftigen und vergleicht dies mit der entsprechenden Gesetzgebung in der BRD. Offensichtlich ist der ungenannte Autor froh, dass in der BRD „Volksverhetzung" nur ein Vergehen darstellt, nach §3h des österreichischen Verbotsgesetzes ist sie ein Verbrechen mit deutlich höherer Strafandrohung. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507